

## So entstand Fahrenheit und Celsius

Nur um eine grobe Idee zu haben: Anders Celsius (Schwede) hat irgendwann gesagt,  $0^\circ$  Celsius ist dann, wenn aus Wasser Eis wird, und wenn Wasser kocht, dann sind es  $100^\circ$  Celsius. Hört sich ja ganz schlüssig an, zumal es nach unserem Verständnis dazu gehört, dass es auch Minus-Grade gibt, dass es noch viel kälter werden kann als gefrorenes Wasser. Und dass es wesentlich heißer als  $100^\circ$  Celsius ist, wenn Metall flüssig wird.

Nun, Anders Fahrenheit war da in seiner Vorstellungskraft etwas beschränkter. An einem Wintertag, als er vor die Tür trat, war es schrecklich kalt in Danzig, und er sagte: "So, kälter wird's nimmer, das ist heute der kälteste Tag, den es je gab", und sagte, das sind jetzt  $0^\circ$  Fahrenheit (es waren  $-17,8^\circ$  Celsius). Auf der anderen Seite nahm er dann seine Körpertemperatur und sagte, so, das sind jetzt  $100^\circ$  Fahrenheit. (Die Legende sagt \*), er muss leicht angeschlagen gewesen sein, denn  $100^\circ$  sind in Celsius  $37,8^\circ$ ). Es müsste ihm schon klar gewesen sein, dass kochendes Wasser heißer ist als seine Körpertemperatur, aber nach unten hat er nicht damit gerechnet, dass es in der Tat noch kälter sein könnte...

## Verhältnis von Fahrenheit zu Celsius

Nun, wenn man sich das anguckt,  $0^\circ$  Fahrenheit entspricht  $-17,8^\circ$ ,  $100^\circ$  Fahrenheit sind  $37,8^\circ$  Celsius. Grob überschlagen, wo Herr Celsius \*) für  $0$  bis  $100^\circ$  Celsius wirklich  $100$  Ein-Grad-Schritte braucht, schafft es Herr Fahrenheit,  $100$  Grad-Schritte seiner Temperaturskala auf eine  $55,6^\circ$  Celsius-Spanne zu verteilen.

Was das heißt? Die Fahrenheitschritte liegen enger beieinander,  $1^\circ$  Celsius entspricht nur  $0,556^\circ$  Fahrenheit (Genau genommen  $0,95^\circ$ ). Zudem liegt der Nullpunkt nicht auf derselben Temperatur, was zur Folge hat, dass man nicht einfach  $40$  Grad abziehen oder  $35$  Grad dazu rechnen kann um problemlos in der anderen Maßeinheit zu landen. Es benötigt vielmehr eine komplizierte Formel, um das Ganze umzurechnen.

Was mir bei Meilen ganz gut gelang, mit irgendeinem Faktor zwischen  $1,6$  und  $1,7$ , also,  $3$  Meilen sind rund  $5$  km, oder  $65$  Meilen/h sind etwa  $100$  km/h, das hat bei der Temperatur nicht geklappt. Also, ein paar Eckpunkte mussten her.

## Eselsbrücken zwischen Celsius und Fahrenheit

Da ich mir so komplizierte Formeln nicht merken kann, musste ich mir anders helfen. Mein Premium-Tipp ist die  $16$  oder  $61$ . Also,  $16^\circ$  Celsius entsprechen einer Temperatur von  $61^\circ$  Fahrenheit. Sprich, man taucht einfach die  $1$  mit der  $6$  bzw. die  $6$  mit der  $1$  und ist damit bei derselben realen Temperatur. Also,  $16^\circ$  Celsius sind noch nicht richtig warm, T-Shirt ist für die meisten von uns noch zu wenig,  $61^\circ$  Fahrenheit ist genauso kalt oder warm, ein Pullover bzw. Jäckchen sollte auf jeden Fall dabei sein.

Nun, Tipp Nummer Zwei leitet sich aus oben genannter Entstehung von Fahrenheit ab. 100 ° Fahrenheit ist in etwa [Körpertemperatur](#), auch wenn diese von Mensch zu Mensch physiologisch um bis zu zwei Grad variiert und meine Expertisen an dieser Stelle nicht ganz korrekt sind, kann man gelinde sagen, 100 ° Fahrenheit, also Körperwärme als Außentemperatur ist schon ziemlich warm. Als ich letztes Jahr in Las Vegas 104 ° erlebte, schätze ich die Air-Condition im Auto oder in den Casinos doch sehr.

## Gefühlte Fahrenheit

Also, kurz zusammen gefasst: alles unter 32 ° Fahrenheit bringt Eis zum gefrieren, 61 ° Fahrenheit sind 16 ° Celsius und damit nettes Spazier- bzw. Wanderwetter, 75 ° Fahrenheit (23.9 °C) ist gutes Wetter und ideal für T-Shirts, 100 ° Fahrenheit ist einfach heiß, den meisten schon viel zu heiß.

## Formel zur Umrechnung von Celsius zu Fahrenheit und umgekehrt

$$^{\circ}\text{C} = (^{\circ}\text{F} - 32) * 5/9$$

(von Fahrenheit nach Celsius )

$$^{\circ}\text{F} = ^{\circ}\text{C} * 1,8 + 32$$

(von Celsius nach Fahrenheit)

# Geschichte der US-Flagge und der US-Nationalhymne „The star-spangled banner“

Während des Krieges von 1812 lag Fort McHenry unter der Belagerung der Engländer, die die Schlüsselstelle des Hafens von Baltimore erobern wollten. Der US-Major George Amistead wollte das Fort in jedem Fall halten. Dafür forderte er eine riesige Flagge an, um einerseits der herbeieilenden unterstützenden Verstärkung zu verdeutlichen in welchem Territorium er sich mit seinen Truppen aufhielt, und um andererseits dem weit entfernten Gegner Angst einzuflößen.

Auf Wunsch von Major Amistead wurde von einem Komitee hochrangiger Offiziere Mary Young Pickersgill mit der Anfertigung dieser Flagge beauftragt. Die Witwe aus Baltimore hatte bereits Erfahrung in der Herstellung von Schiffsflaggen und auch die gewünschte Größe von 30 Feet (9 m) auf 42 Feet (12,6 m) bereitete ihr keine Kopfschmerzen, so dass sie den Auftrag erhielt.

Unter der Mithilfe ihrer 13-jährigen Tochter Caroline verbrachte Mrs. Pickersgill einige Wochen mit Ausmessen, Zuschneiden und Nähen der 15 Sterne und Streifen. Als der Augenblick des Zusammenfügens der Einzelteile nahte, stellte die Witwe fest, dass sie diese Arbeit aus Platzmangel in ihrer bescheidenen Behausung nicht durchführen konnte. Sie fragte deshalb bei der örtlichen Brown's Brauerei nach, ob es sich einrichten ließe, dass sie dort nach Betriebsschluß auf dem Boden bei Kerzenlicht die Stoffstücke zusammenfügen könne. Sie bekam die Erlaubnis, so dass im August 1813 die Flagge an Major Amistead übergeben werden konnte. Mrs. Pickersgill erhielt für ihre Arbeit einen Lohn von US \$ 405.90.

Ein Jahr später als erwartet begannen die Engländer den Druck zu verstärken, so dass ein Waffengefecht unausweichlich erschien. Am Morgen des 13. Septembers 1814 fingen englische Schiffe an, das Fort zu beschießen. Die amerikanischen Streitkräfte hatten jedoch mit einem enormen Defizit zu kämpfen: die Schiffe lagen außerhalb der Reichweite der Kanonen des Forts. Das Bombardement setzte sich die ganze regnerische Nacht fort.

Der Anwalt Francis Scott Key (1779-1843), der an diesem Tag bereits als Parlamentär diente, um einen amerikanischen Arzt aus der Gewalt der Engländer zu bekommen, erwartete ungeduldig die Nacht. Während dieser man immer weniger Gegenwehr aus dem Fort vernehmen konnte. Als Mr. Key bei Dämmerung sein Fernrohr aus der Tasche holte, um zu sehen in wessen Eigentum sich das Fort befand, sah er, dass die neue Flagge von Major Amistead in imposanter Weise am Flaggenmast wehte.

Tief bewegt durch den Anblick der Flagge und dem Wissen, dass das Fort nicht gefallen war, begann Mr. Key ein paar Verse auf die Rückseite eines Briefes zu schreiben. Als sein Gedicht über die Verteidigung des Forts McHenry zu einem Drucker geschickt wurde, um es als Flugblatt überall verteilen zu lassen, verknüpfte man schnell das Gedicht mit der Melodie eines alten englischen Club-Lieds. Beides, sowohl das neue Lied als auch die neue Flagge wurden bekannt als *The Star-Spangled Banner*.

Amistead wurde zum Dank für seine großartige Verteidigungstaktik befördert und als er 1815 aus der Armee ausschied, wurde ihm die Garnisons-Flagge überreicht. Als einige Wochen später die Witwe eines seiner Soldaten um ein Stück von der Fahne

für die Beerdigung ihres Mannes bat, gewährte ihr Amistead dies. Seine großzügige Geste gegenüber den stolzen Männern, die mit ihm für den gemeinsamen Traum kämpften, wurde vielerorts bewundert. Immer wieder wurde er um ein Stück des *Star Spangled Banner* gebeten. So bürgerte sich eine Tradition ein, die bis heute aufrecht erhalten wird. Bei der Beerdigung eines Soldaten der US Streitkräfte wird den Angehörigen immer eine Staatsflagge überreicht, in Anlehnung an George Amistead.

Die 13 roten und weißen Streifen der US Flagge symbolisieren die 13 Staaten, die die Keimzelle der US abbilden. Die 50 Sterne stehen für alle 50 Staaten, wobei jeder Stern einen bestimmten Staat symbolisiert. So steht z.B. der dritte Stern von rechts in der untersten Reihe für den Staat Arizona, der erst 1912 in die Staatengemeinschaft aufgenommen wurde..

Das Lied wurde erst über einhundert Jahre später, nämlich 1916 durch Präsident Wilson zur Nationalhymne erklärt, die offizielle Bestätigung durch den Kongress dauerte weitere 15 Jahre bis ins Jahr 1931.

## **Shopping/Kleidergrößen**

Beachten Sie, dass im Regelfall Nettopreise ausgezeichnet sind. Diese erhöhen sich um State- und City-Taxes (VAT). Besonders günstig kauft man in Factory Outlet Centern. Allerdings sorgt nicht zuletzt der derzeitige Dollarkurs dafür, dass die "Glanzzeiten" für Schnäppchen, auch bei Freizeitkleidung, vorbei sind.

### Damen

#### Kleider/Röcke

Europa	34	36	38	40	42	44	46	48
USA	4	6	8	10	12	14	16	18

#### Schuhe

Europa	36	37	38	39	40	41
USA	5,5	6	7	7,5	8,5	9

### Herren

#### Anzüge

Europa	46	48	50	52	54	56
USA	36	38	40	42	44	46

#### Schuhe

Europa	39	40	41	42	43	44
USA	6	6,5	7,5	8,5	9	10

#### Hemden

Europa	37	38	39	40	41	42
USA	14,5	15	15,5	15,75	16	16,5

---

## **US - Längenmaße**

1 Inch (in)	2,54 cm
1 Zentimeter	0,394 in
1 Foot (ft)	0,305 m
1 Meter	3,28 feet
1 Yard (yd)	0,914 m
1 Mile (mi)	1,609 km
1 km	0,621 mi

---

### **US - Flächenmaße**

1 Square inch (sq.in.)	6,45 m <sup>2</sup>
1 Quadratzentimeter (cm <sup>2</sup> )	0,155 sq.in.
1 Square foot (sq.ft. oder SF)	0,093m <sup>2</sup>
1 Quadratmeter (m <sup>2</sup> )	10,8 SF <sup>2</sup>
1 Square Yard (sq.yd.)	0,836 m <sup>2</sup>
1 Quadratmeter (m <sup>2</sup> )	1,2 sq.yd.
1 Square mile (sq.mi.)	2,56 km <sup>2</sup>
1 Quadratkilometer (km <sup>2</sup> )	0,836 sq.mi.
1 Acre (acr)	4.047 m <sup>2</sup>
1 Hektar	2,47 Acres

---

### **US - Raummaße**

1 Cubic foot (ft <sup>3</sup> )	0,028 m <sup>3</sup>
1 Kubikmeter (m <sup>3</sup> )	35.287 ft <sup>3</sup>

---

### **US - Handelsgewichte**

1 Ounce (oz)	28,4 g
1 Gramm (g)	0,035 oz
1 Pound (lb)	0,454 kg
1 Kilogramm (kg)	2,2 lb

---

### **US - Flüssigkeitsmaße**

1 liquid gill	0,118 Liter
1 liquid pint (=4 gills)	0,473 Liter
1 liquid quart (=2 pints)	0,946 Liter
1 gallon (=4 quarts)	3,785 Liter

## Bundesstaaten

<b>Bundesstaat</b>	<b>Abkürzung</b>	<b>Fläche in km<sup>2</sup></b>	<b>Einwohner in Millionen</b>	<b>Hauptstadt</b>
Alabama	AL	133.915	4,1	Montgomery
Alaska	AK	1.530.700	0,6	Juneau
Arizona	AZ	295.260	3,8	Phoenix
Arkansas	AR	137.755	2,4	Little Rock
California	CA	411.049	30,9	Sacramento
Colorado	CO	269.596	3,4	Denver
Connecticut	CT	12.997	3,3	Hartford
Delaware	DE	5.295	0,7	Dover
District of Columbia	DC	178	0,6	Washington
Florida	FL	151.939	13,5	Tallahassee
Georgia	GA	152.576	6,8	Atlanta
Hawai'i	HI	16.759	1,2	Honolulu
Idaho	ID	216.432	1,1	Boise
Illinois	IL	145.934	11,6	Springfield
Indiana	IN	93.719	5,7	Indianapolis
Iowa	IA	145.753	2,8	Des Moines
Kansas	KS	213.098	2,5	Topeka
Kentucky	KY	104.661	3,8	Frankfort
Louisiana	LA	123.677	4,3	Baton Rouge
Maine	ME	86.156	1,2	Augusta
Maryland	MD	27.092	4,9	Annapolis
Massachusetts	MA	21.456	6,0	Boston
Michigan	MI	51.586	0,4	Lansing
Minnesota	MN	18.600	0,5	Saint Paul
Mississippi	MS	123.514	2,6	Jackson
Missouri	MO	180.516	5,2	Jefferson City
Montana	MT	380.848	0,8	Helena
Nebraska	NE	200.350	1,6	Lincoln
Nevada	NV	286.352	1,3	Carson City
New Hampshire	NH	24.032	1,1	Concord
New Jersey	NJ	20.169	7,8	Trenton
New Mexico	NM	314.925	1,6	Santa Fé
New York	NY	127.190	18,1	Albany
North Carolina	NC	136.413	6,8	Raleigh
North Dakota	ND	183.119	0,6	Bismarck
Ohio	OH	107.044	11,0	Columbus
Oklahoma	OK	181.186	3,2	Oklahoma City
Oregon	OR	251.419	3,0	Salem

Pennsylvania	PA	117.348	12,0	Harrisburg
Rhode Island	RI	3.140	1,0	Providence
South Carolina	SC	80.582	3,6	Columbia
South Dakota	SD	199.730	0,7	Pierre
Tennessee	TN	109.152	5,0	Nashville- Davidson
Texas	TX	691.027	17,7	Austin
Utah	UT	219.889	1,8	Salt Lake City
Vermont	VT	24.900	0,5	Montpelier
Virginia	VA	105.586	6,3	Richmond
Washington	WA	176.479	5,1	Olympia
West Virginia	WV	62.759	1,8	Charleston
Wisconsin	WI	145.436	5,0	Madison
Wyoming	WY	253.326	0,4	Cheyenne
<b>USA komplett</b>	<b>USA</b>	<b>9.809.115</b>	<b>270,3</b>	<b>Washington D.C.</b>

# Geschichte

## Kolonialzeit

Die Entdeckungs- und Erkundungsreisen des 15. und 16. Jahrhunderts von Christoph Kolumbus, John Cabot, Giovanni da Verrazano und Jacques Cartier waren die Voraussetzung für die schrittweise Besiedlung des riesigen Landes durch die Europäer. Tatsächlich war das Land seit ungefähr 30 000 Jahren vor der Ankunft Kolumbus' von Indianern besiedelt, die während der Eiszeiten über die Landbrücke der Aläuten von Asien her eingewandert waren. Ende des 15. Jahrhunderts lebten schätzungsweise zwischen drei und fünf Millionen Indianer in Nordamerika.

## Die ersten Siedlungen

Die Gründung von Saint Augustine 1565 im heutigen Florida durch die Spanier markierte den Anfang der europäischen Kolonisierung innerhalb der heutigen Grenzen der Vereinigten Staaten. Zum Zeitpunkt dieser ersten Siedlungsgründung führten England und Spanien Krieg, der 1588 mit der Vernichtung der spanischen Armada seinen Höhepunkt fand. Nach dieser Niederlage war Spanien als Rivale Englands um die Vorherrschaft in der Neuen Welt nicht mehr ernst zu nehmen.

1585 siedelte eine Expedition, geführt von Sir Walter Raleigh, auf Roanoke Island vor der Küste des heutigen North Carolina. 1587 ließ Raleigh eine größere Siedlergruppe unter John White in der Region an Land gehen, die er zu Ehren Elisabeths I., der „Jungfräulichen Königin“, Virginia nannte. Die erste englische Dauersiedlung in Nordamerika war Jamestown, gegründet 1607, die nach James I. von England benannt worden war. Als europäische Arbeitskräfte im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts für den Tabakanbau zu teuer wurden, begannen englische Kolonisten damit, schwarze Sklaven von Afrika in die amerikanischen Kolonien zu verschleppen.

## Französische und niederländische Aktivitäten

Im Jahrzehnt nach der Gründung von Jamestown begannen Frankreich und die Niederlande mit dem aktiven Wettbewerb um Territorien in Nordamerika. Frankreich erkannte schnell die Bedeutung des Sankt-Lorenz-Stromes, des besten natürlichen Zugangs zum Landesinneren des Subkontinents. Deshalb gründete es 1608 als ersten Schritt eines strategischen Planes die Stadt Quebec. Die Leistungen von Erforschern und Entdeckern wie Jacques Marquette, Louis Jolliet und Robert Cavelier de La Salle brachten riesige Gebiete im Landesinneren einschließlich des gesamten Mississippi-Tales während der folgenden 75 Jahre nominell in den Besitz Frankreichs.

Die Niederländer beanspruchten nordamerikanisches Territorium aufgrund der Forschungsreisen von Henry Hudson. Als englischer Seefahrer im Dienste der niederländischen Ostindien-Kompanie fuhr Hudson 1609 in die heutige New York Bay und erkundete den Lauf des Flusses, der heute seinen Namen trägt.

## Die Kolonien Neuenglands

Die englischen Kolonisierungsbestrebungen lebten 1620 wieder auf, als eine Gruppe englischer Separatisten, eine aus der Kirche von England ausgetretene Glaubensgemeinschaft, das Siedlungsrecht in Virginia erwarb. Mit der Mayflower kamen 41 so genannte Pilgerväter in die Massachusetts Bay. Sie unterzeichneten am

21. November 1620 den Mayflower-Vertrag, die erste schriftliche amerikanische Verfassung. Später gründeten sie die Plymouth-Kolonie.

Nach Gründung der Massachusetts-Bay-Kolonie verließ die englische Krone keine weiteren Freibriefe mehr an Körperschaften für Kolonisierungsprojekte in Amerika, sondern nur noch an Privatpersonen. 1632 erhielt der katholische Lord Baltimore eine Konzession des anglikanischen Königs Karl I. für Maryland. Durch diese Konstellation wurde weitgehend Religionsfreiheit gewährt. Aufgrund der Toleranz der Neuen Welt gegenüber religiös Andersdenkenden und einer zunehmenden Verarmung weiter Teile der englischen Bevölkerung war die Einwanderung zu dieser Zeit relativ stark. Deshalb wurden die meisten der königlich autorisierten Kolonien Englands noch vor Ende des 17. Jahrhunderts gegründet. Ausnahme war Georgia, das 1732 den Freibrief erhielt. Neuniederlande wurde 1664 gewaltsam von den Engländern vereinnahmt und in New York umbenannt. Die Gründung von New Jersey, das die Niederländer zuvor den Schweden abgenommen hatten, fand im selben Jahr statt. New Hampshire, aus Siedlungen bestehend, die zuvor der Rechtsprechung von Massachusetts unterstanden hatten, entstand 15 Jahre später. 1681 schließlich erhielt William Penn einen königlichen Freibrief für die Region, die er Pennsylvania nannte.

Erster Ausdruck der englischen Parlamentskontrolle über die nordamerikanischen Kolonien war das Handels- und Schiffahrtsgesetz von 1651 (Navigationsakte), das die Ein- und Ausfuhr von Kolonialwaren auf Schiffen unter englischer Flagge vorschrieb. Weitere Schiffahrtsgesetze untersagten Handelsbeziehungen zwischen den Kolonien und nichtenglischen Nationen. Doch wegen der nachlässigen Überwachung dieser Gesetze waren Schmuggel und Schwarzhandel weit verbreitet.

1660 erweiterte der neue König, Karl II. von England, die Handels- und Schiffahrtsgesetze und wandelte New Hampshire und Massachusetts in königliche Provinzen um. 1686 verfügte Jakob II. die Zusammenlegung von New York, New Jersey und den Neuengland-Kolonien zu einer königlichen Provinz, dem Dominion von Neuengland. Kolonialer Widerstand gegen diese Veränderungen entstand und nahm verschiedene Formen an: Connecticut und Rhode Island verweigerten die Rückgabe ihrer Freibriefe; in Massachusetts brach 1689 eine bewaffnete Rebellion aus; die Einwohner Bostons übernahmen die Macht in der Kolonialregierung, und in New York gab es ebenfalls einen bewaffneten Aufstand.

Die Thronbesteigung von Wilhelm III. und seiner Frau Maria II. (William and Mary) 1689 hatte eine Neuorientierung der englischen Diplomatie zur Folge. England forderte den stärksten Konkurrenten um das Kolonialreich, Frankreich, direkt heraus. Es kam zum Krieg, der sich unter der Herrschaft Königin Annes und dem Zusammenschluss Englands, Schottlands und Wales zu Großbritannien noch verschärfte.

#### Die britisch-französischen Kriege

Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und England lassen sich in vier Abschnitte gliedern: die Kriege unter der Herrschaft Wilhelms III. von 1689 bis 1697 und unter der Herrschaft Königin Anna Stuarts von 1702 bis 1713. König Georg begann 1744 eine kriegerische Auseinandersetzung zu führen, die bis 1748 dauerte. Letzter und entscheidender Krieg war derjenige gegen die Franzosen und die Indianer von 1754 bis 1763, der Teil des Siebenjährigen Krieges war.

Die ersten drei Kriegsphasen brachten keine Entscheidung, obgleich der Friede von Utrecht, der 1713 den Spanischen Erbfolgekrieg beendet hatte, Frankreich zur Abtretung großer Territorien zwang, darunter Akadien, Neufundland und die Region um die Hudsonbai. Die entscheidende Konfrontation um die Kontrolle des Ohio-Tales mündete in den entscheidenden letzten Kriegsabschnitt. Auch wenn die erste Kriegshälfte Großbritannien und seinen Kolonien eine Folge militärischer Niederlagen brachte, fügten Großbritannien und seine Verbündeten Frankreich auf dem europäischen Kriegsschauplatz schwere Niederlagen zu.

Der Frieden von Paris beendete schließlich 1763 den Siebenjährigen Krieg. Frankreich musste alle Besitzungen im nordamerikanischen Kernland an Großbritannien abtreten. Spanien als Verbündeter Frankreichs verlor Florida, bekam jedoch die Herrschaft über die französischen Territorien westlich des Mississippi zuerkannt.

### Unabhängigkeit und Staatsgründung

#### Das Anwachsen des kolonialen Widerstands

Eine Folge des Krieges waren Gesetzesmaßnahmen zur Durchsetzung der Navigationsakte, die das britische Parlament 1764 verabschiedete. Zur Verbesserung der Finanzlage beschloss das Parlament 1765 die so genannte Stempelakte, der zufolge die amerikanischen Kolonisten zur Legalisierung bestimmter Dokumente, wirtschaftlicher Transaktionen und Kaufhandlungen englische Steuermarken kaufen und auf den Verträgen anbringen mussten. Das neue Gesetz zog weit verbreiteten Widerstand der Kolonisten nach sich. Geheimgesellschaften, die sich Söhne der Freiheit nannten, entstanden in zahlreichen Gemeinden. Die kolonieübergreifenden Proteste fanden ihren vorläufigen Höhepunkt im Steuermarken-Kongress vom Oktober 1765. Das Londoner Parlament verweigerte die Anerkennung einer auf diesem Kongress verabschiedeten Bittschrift für Rechte und Privilegien. Allerdings zog es die Stempelakte 1766 zurück.

Ein Jahr später beschloss das Parlament die Townshend-Gesetze, welche u. a. Tee, Papier, Blei, Farbe und Glas mit Zöllen belegten. Der Widerstand der Kolonisten gegen die Townshend-Gesetze umfasste den Boykott britischer Waren, kolonieübergreifende Protestaktionen und – in Massachusetts – offenen Aufruhr gegen die britische Regierung. In Reaktion darauf entsandte Großbritannien 1768 zwei Truppenregimente nach Boston. Das wiederum verschärfte die antibritische Stimmung. Am 5. März 1770 kam es in Boston zu gewaltsamen Zusammenstößen. Siehe auch Boston Massacre.

1770 nahm die britische Regierung alle Townshend-Abgaben mit Ausnahme des Teezoll zurück. Die amerikanisch-britischen Beziehungen normalisierten sich daraufhin bis 1773, als das Parlament die britische Ostindien-Kompanie vor dem Zusammenbruch zu retten versuchte, indem es ihr ein Monopol für Teeverkäufe nach Amerika einräumte. Die Kolonisten, die das Teegesetz als Maßnahme ansahen, um sie der parlamentarischen Besteuerung gefügig zu machen, intensivierten nicht nur den Warenboykott, sondern zerstörten in Boston Schiffsladungen von Tee. Siehe auch Boston Tea Party.

### Der Nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg

1774 erließ Großbritannien mehrere Zwangsgesetze, woraufhin sich die Kolonien im Widerstand einigten und den 1. Kontinentalkongress ausriefen. Die Fronten verschärfen sich zunehmend. Anfang des Jahres 1775 kam es zu ersten

kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen britischen Soldaten und der patriotischen Miliz von Lexington. Der Nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg hatte begonnen.

Der 2. Kontinentalkongress trat am 10. Mai 1775 in Philadelphia zusammen. Der Kongress beschloss den Aufbau einer eigenen Armee, ernannte George Washington zu deren Oberbefehlshaber, erlaubte die Ausgabe von Papiergeld und übernahm weitere Hoheitsrechte der exekutiven Gewalt über die Kolonien. Der Kongress appellierte darüber hinaus an die britische Regierung zur friedlichen Beilegung der Krise. Im August jedoch antwortete Georg III. mit einer Proklamation, in der er seine „loyalen Untertanen“ dazu aufrief, „Rebellion und Aufruhr (in Nordamerika) niederzuschlagen“. Zwischenzeitlich war das von den Briten gehaltene Fort Ticonderoga von der amerikanischen Miliz Green Mountain Boys unter Ethan Allen eingenommen worden. In der Folge der Schlacht von Bunker Hill erklärte der 2. Kontinentalkongress am 2. Juli 1776 die Loslösung von der britischen Krone und nahm zwei Tage später die von Thomas Jefferson entworfene Unabhängigkeitserklärung an.

Mit Unterzeichnung des Friedens von Paris (1783) endete der Nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg. Großbritannien erkannte die Unabhängigkeit an und trat seine Gebiete, bis auf Kanada, an die junge Nation ab.

#### Die Vereinigten Staaten von Amerika

Zwischen 1776 und 1789 gaben sich die elf Einzelstaaten neue Verfassungen, welche die Grundrechte garantierten und Gewaltenteilung vorsahen. 1781 schlossen sie sich zusammen, ohne jedoch ihre Souveränität aufzugeben. Gesetzlicher Rahmen waren die Konföderationsartikel, die jedoch wenig Kompetenzen zuließen. Daraufhin beschloss der Kongress 1787 eine Versammlung von Vertretern sämtlicher Einzelstaaten, die eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Das Ergebnis war ein Bundesstaat mit einem Präsidialsystem, dem weiter reichende Kompetenzen zugesprochen wurden. 1788 wurde die erste Verfassung der Vereinigten Staaten ratifiziert. Erster Präsident war George Washington, der von 1789 bis 1797 amtierte.

Die Finanzpolitik von US-Finanzminister Alexander Hamilton zog die Opposition derer auf sich, die die Interessen der Agrarier vernachlässigt sahen zugunsten der Bankiers und Unternehmer. Die Parlamentsdebatten von 1790/91 über Hamiltons Gesetze spalteten die Nation und führten schließlich zur Bildung der beiden ersten wichtigen politischen Parteien der US-Geschichte: der Föderalisten und der Republikaner. Siehe auch James Madison; Thomas Jefferson.

1800 wurde Jefferson US-Präsident. Wichtigstes Ereignis seiner Amtszeit war der Kauf von Louisiana und weitere territoriale Ausdehnungen nach Westen. Dabei kam es immer wieder zu Kämpfen mit Indianern. 1804 wurde Jefferson wieder gewählt. Seine zweite Amtszeit war vor allem durch wachsende außenpolitische Spannungen geprägt. Großbritannien wie auch Frankreich hatten in ihren Kriegen gegeneinander Handelsbeschränkungen in Kraft gesetzt, die den Handel neutraler Mächte, insbesondere der USA, schädigten. Unter Jeffersons Amtsnachfolger James Madison, ebenfalls Republikaner, kam es von 1812 bis 1814 zu einem Krieg mit Großbritannien. Der Friede von Gent brachte 1814 nur die Wiederherstellung der Machtverhältnisse von vor dem Krieg.

In den folgenden Jahren vergrößerte sich das Staatsgebiet der USA, da Spanien 1819 Florida (damals Ostflorida) an die USA abtrat. Westflorida, ein Landstreifen entlang des Golf von Mexiko, hatten sich die USA 1810 mit Gewalt angeeignet. Die national geprägte US-Außenpolitik fand ihren Ausdruck in der Monroedoktrin.

Die Vergrößerung des Territoriums durch die Ausdehnung nach Westen führte zu einem starken Wirtschaftswachstum. Das große Land wurde durch Straßen, Schienen und Kanäle erschlossen. Dadurch trat die regionale Spezialisierung noch stärker in den Vordergrund. Im Norden und Osten wurden Banken und Aktiengesellschaften gegründet; erste Industrie entstand. Im Süden florierte der Baumwollanbau. Neue Maschinen erlaubten eine erhebliche Ausdehnung, die den Bedarf an Sklaven weiter steigerte. Der Westen schließlich wurde durch die Landwirtschaft dominiert. Hier wurde der größte Teil der Lebensmittel produziert.

Diese Phase nationaler Einheit, oft als Zeitalter der Zuversicht bezeichnet, leitete zu Spannungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Amerikas über.

### Der Amerikanische Bürgerkrieg

Der Konflikt zwischen der Kaufmannsaristokratie des Nordostens, der Agrararistokratie des Südens und den Siedlern des Westens schlug sich erstmals in der Präsidentschaftswahl von 1824 nieder. Er entzündete sich überwiegend an der Frage der Sklaverei. Dies war bereits bei der Gründung des amerikanischen Nationalstaates Gegenstand scharfer Kontroversen gewesen. Mitte des 19. Jahrhunderts beherrschte dieses Thema alle Bereiche der amerikanischen Gesellschaft. Im 17. Jahrhundert wurden circa 25 000 Schwarzafrikaner ins Land verschleppt. Die Sklaverei war zwar in allen Staaten erlaubt, aber aufgrund der hohen Nachfrage auf den Baumwollfeldern des Südens war sie besonders dort verbreitet. Den Norden einte die Verurteilung dieses Vorgehens, bis schließlich gegen Ende des 18. Jahrhunderts alle Staaten nördlich von Maryland mit Ausnahme New Jerseys die Abschaffung der Sklaverei beschlossen. In der Verfassung der USA war zwar der Sklavenhandel, aber nicht die Sklaverei verboten, und der Kongress hatte manchmal dafür und manchmal dagegen votiert. Die Kontroverse verschärfte sich mit dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846-1848). Siehe auch Gadsden-Vertrag.

1854 wurde der Kansas-Nebraska-Act verabschiedet. Danach sollte diese Zentralregion aus dem Louisiana-Kauf in zwei Territorien aufgeteilt werden, wobei Nebraska dem Norden und Kansas dem Süden zugeschlagen wurde. Darüber hinaus sah das Gesetz vor, dass die Einwohner der Territorien selbst über die Frage der Sklaverei abstimmen sollten. Der Kansas-Nebraska- Act sorgte in Kansas für bürgerkriegsähnliche Zustände, in denen sich Gegner und Anhänger der Sklaverei auf das heftigste bekämpften. Aus den Gegnern gründete sich unter der Führung Abraham Lincolns die Republikanische Partei. Ihre Anhänger verlangten die Zurücknahme des Kansas-Nebraska-Acts und der Gesetze zur Rückführung entlaufener Sklaven.

1860 gewannen die Republikaner mit ihrem Kandidaten Abraham Lincoln, der sich für eine Kontrolle der Sklaverei durch den Kongress stark gemacht hatte, die US-Präsidentenwahl. Unmittelbar darauf, am 20. Dezember 1860, trat South Carolina aus der Union aus. Wenige Tage danach belagerten Truppen dieses Staates die US-Garnison von Fort Sumter im Hafen von Charleston (South Carolina). Nach und nach verließen die Staaten Mississippi, Florida, Alabama und Georgia die Vereinigten

Staaten von Amerika; es folgten Louisiana, Texas, Virginia, Arkansas, North Carolina und Tennessee.

Am 4. Februar 1866 tagten Vertreter aus sechs der ausgetretenen Staaten, um eine provisorische Regierung der Konföderierten Staaten von Amerika zu bilden. Lincoln hatte seine Position in seiner Antrittsrede klargemacht: Es werde keine Eingriffe in die Sklaverei dort geben, wo sie bereits bestehe; kein Staat dürfe allerdings die Union verlassen, wann es ihm passe. Am 12. April begannen die Belagerer Fort Sumters mit der Beschießung der Festung. Nach zwei Tagen musste sie kapitulieren. Am 15. April rief Lincoln die loyalen Staaten zur Entsendung von 76 000 Freiwilligen auf, um die Union zu verteidigen. Der Amerikanische Bürgerkrieg hatte begonnen.

Der Amerikanische Bürgerkrieg endete 1865 mit der Kapitulation der Südstaaten und der nationalen Einigung. Bereits 1862 hatte der Kongress Gesetze zur Abschaffung der Sklaverei in den Territorien erlassen. Am 1. Januar 1863 erfolgte Lincolns Emanzipationserklärung. Sie erklärte sämtliche Sklaven in den rebellischen Staaten für frei. Am 6. Dezember 1865 wurde die Sklaverei mit dem 13. Zusatz in der amerikanischen Verfassung abgeschafft.

### Industrialisierung und Übergang ins 20. Jahrhundert Reconstruction

Nach dem Bürgerkrieg bemühte sich Präsident Andrew Johnson um die Aussöhnung mit den Südstaaten. Der Kongress war zu dieser Zeit allerdings mehrheitlich mit radikalen Republikanern besetzt, die Militärregierungen in den Südstaaten einsetzten und die vorherrschenden Wirtschafts- und Sozialstrukturen zerschlugen. Dies führte während der Regierungszeit des republikanischen Präsidenten Ulysses S. Grant zur Entwicklung eines gewaltbereiten Rassismus, der im Ku Klux Klan seinen Ausdruck fand.

Aufgrund der engen Verquickung zwischen Wirtschaft und Politik entwickelte sich in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg eine beispiellose Förderung des Großkapitals mit korrupten Zügen. So begünstigte die republikanische Regierungspolitik die Organisatoren neuer Eisenbahnunternehmen im Westen. Die Homestead Laws (Heimstättengesetze) von 1862 sollten die Besiedlung des Westens fördern, indem die Regierung jedem Familienoberhaupt 65 Hektar Land schenkte, das sich vertraglich für mindestens fünf Jahre zur Bearbeitung dieser Fläche verpflichtete. Tatsächlich jedoch gelangten auf diese Weise Millionen Hektar durch betrügerische Machenschaften in die Hände von Bodenspekulanten. Nach und nach zogen sich die Truppen der Unionsstaaten aus dem Süden zurück. Zusätzlich wurde eine große Wirtschaftshilfe gewährt, mit der die Reconstruction 1877 abgeschlossen wurde.

Infolge der landesweit wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik der Republikaner stellten die Demokraten mit Grover Cleveland 1884 erstmals seit 1856 wieder einen US-Präsidenten. In seiner ersten Amtszeit (1885-1889) hatte er sich innenpolitisch mit sechs Hauptproblemen auseinander zu setzen: dem öffentlichen Dienst, den Pensionsrücklagen des Bundes, Arbeiterunruhen, den missbräuchlichen Geschäftsmethoden der Eisenbahngesellschaften, den Rücklagen des Finanzministeriums (treasury) und mit der Steuerpolitik.

### Wirtschaftskrise und soziale Konflikte

Die Amtszeit Clevelands war durch die Formierung der Arbeiterbewegung als

organisierte politische Macht geprägt. Zwischen 1861 und 1866 wurden mehrere Gewerkschaften gegründet. 1866 versuchte man, mit der National Labor Union alle Gewerkschaften in einem einzigen Gewerkschaftsbund zusammenzuschließen. Dieser Bund löste sich 1872 wegen interner Spannungen wieder auf. Nachfolgeorganisation waren die 1869 gegründeten Knights of Labor (Ritter der Arbeit), die bis 1886 zu einer landesweiten Organisation mit über 700 000 Mitgliedern herangewachsen waren. In mehr als 3 000 Streiks erstritten die Gewerkschaften in den Jahren 1886/87 höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten.

In Clevelands zweiter Amtszeit (1893-1897) verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen den Interessen der Agrarreformer mit ihren Anhängern im Westen und denen der großen Bankiers und Unternehmer, deren Institute und Firmen ihren Sitz überwiegend im Osten hatten. Darüber hinaus musste die Regierung mit der Rezession, hohen Preisen, Arbeitslosigkeit und Streiks fertig werden. Der bedeutendste Streik fand 1894 in Chicago statt und wurde von den Arbeitern der Pullman Company durchgeführt, die Eisenbahnwagen herstellte. Sie waren in der American Railway Union organisiert. Der Streik richtete sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen und führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen einige Arbeiter ums Leben kamen.

Während der Wirtschaftskrise verstärkte sich auch die Benachteiligung von Minderheiten, vor allem der Schwarzen. Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte eine strikte Rassentrennung in Schulen, Bussen, Gaststätten ebenso wie ein Ausschluss an der Teilnahme am politischen Leben. Für die Beteiligung an Wahlen wurden Steuern erhoben und Bildungstests durchgeführt. Durch den Rückgang der Baumwollindustrie wurde die schwarze Bevölkerung mehr und mehr ins soziale Abseits gedrängt.

Die nationale Unzufriedenheit fand in der Wahl des Republikaners William McKinley ihren Niederschlag, der 1897 Präsident wurde. Das Hauptereignis in McKinleys erster Amtszeit war der Spanisch-Amerikanische Krieg (1898). Der Sieg der USA führte zur Aneignung Kubas, der Philippinen, Guams und Puerto Ricos. Als McKinley im September 1901 ermordet wurde, trat sein bisheriger Vizepräsident Theodore Roosevelt das Präsidentenamt an.

### Theodore Roosevelt und der Progressivismus

Roosevelts Politik wandte sich gegen die zunehmende Macht der Unternehmenskartelle, der so genannten Trusts, und schuf mehr soziale Gerechtigkeit. Die Zahl solcher Trusts hatte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts stark erhöht: Von 60 vor dem Spanisch-Amerikanischen Krieg stiegen sie zwischen 1899 und 1901 auf 183 an. Manche Trusts, wie die für Rindfleisch, Rohöl, Kohle und Zucker oder die Eisenbahngesellschaft, hatten praktisch Monopolstellungen inne. Der Präsident bestand auf seinem Recht zur Kontrolle und Regulierung der Trusts. Auf seinen Einfluss hin verabschiedete der Kongress eine Reihe von Gesetzen, die die Durchsetzung der bereits bestehenden Antitrust-Gesetze unterstützen sollten. Roosevelt wurde durch den Bau des Panamakanals und seinen Einsatz bei der Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges (1904/05) sehr bekannt. Wegen der tiefen Spaltung der Republikanischen Partei über die Zolltarifpolitik und andere Fragen gewann 1912 der Demokrat Woodrow Wilson die US-Präsidentenwahlen mit deutlichem Vorsprung.

### Außenpolitik (1865-1920)

Die ersten Phasen dieses Zeitraumes waren durch die Ausdehnung des Staates gekennzeichnet. 1867 kauften die USA Alaska von Russland ab.

Zwischen den USA und Großbritannien kam es zur Auseinandersetzung um das Beringmeer und 1899 um den Erwerb der Insel Tutuila seitens der USA (siehe Amerikanisch-Samoa). 1893 führten amerikanische Zuckerrohrpflanzler, die seit Beginn des Jahrhunderts hier große Geschäftsanteile erworben hatten, einen Umsturz auf Hawaii an. Dem Aufstand folgten der Sturz der hawaiianischen Monarchie und 1898 die Annexion der Inseln durch die USA. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwarben die Vereinigten Staaten zusätzlich verschiedene Pazifikinseln, u. a. Wake Island und Midway.

Der herausragende Konflikt mit einer ausländischen Regierung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts war der mit Spanien um die Insel Kuba. Im Zehnjährigen Krieg (1868-1878) zwischen Spanien und Kuba brachte ein spanisches Kriegsschiff den US-Dampfer *Virginius* auf, der Nachschub für die kubanischen Aufständischen geladen hatte. Die Spanier exekutierten einige Besatzungsmitglieder, darunter acht US-Staatsbürger. Diese *Virginius*-Affäre erzeugte in den USA eine massive Abneigung gegen Spanien. Die Spannungen erreichten einen Höhepunkt, als das US-Schlachtschiff *Maine* am 15. Februar 1898 in die Luft gesprengt wurde und dabei 260 Menschen getötet wurden.

Aus dem nun folgenden Spanisch-Amerikanischen Krieg gingen die USA als Sieger hervor. Der Vertrag von Paris beendete am 10. Dezember 1898 den Krieg und sah die Unabhängigkeit Kubas vor sowie die Abtretung Puerto Ricos, Guams und der Philippinen von Spanien an die Vereinigten Staaten. Für die Philippinen bekam Spanien 20 Millionen US-Dollar von den USA.

### Nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg

Infolge des Spanisch-Amerikanischen Krieges gelangten die USA an Besitzungen außerhalb ihres kontinentalen Kernlandes. Sie übernahmen damit die Probleme einer Kolonialregierung und -macht, die sie – neben anderen Faktoren – eine wachsende Rolle in weltpolitischen Angelegenheiten übernehmen ließen. Aus der Ausdehnung des wirtschaftlichen Einflusses entstand der Panamerikanismus (siehe Panamerikanische Union), bei dem die USA den gesamten Markt in Nord- und Südamerika beherrschten und nach außen abschirmten.

### Der 1. Weltkrieg

Zu Beginn des 1. Weltkrieges erklärte Präsident Wilson die Neutralität der Vereinigten Staaten. Um zu verhindern, dass Versorgungs- und Rüstungsgüter Großbritannien erreichen konnten, erklärte das Deutsche Reich 1915 die Gewässer um Großbritannien und Irland zum Kriegsgebiet, in dem deutsche U-Boote jedes Schiff des Feindes versenken würden. Im Mai 1915 torpedierte ein deutsches Unterseeboot ohne Vorwarnung das britische Passagierschiff *Lusitania* vor der irischen Küste, und 1198 Menschen – darunter 128 Bürger der Vereinigten Staaten – wurden getötet. Im März 1916 versenkte ein deutsches U-Boot die *Sussex*, einen unbewaffneten französischen Kanaldampfer. Nach massiven Drohungen der USA, in den Krieg einzutreten, sicherte die deutsche Reichsregierung zu, keine Handelsschiffe mehr ohne Vorwarnung zu versenken und das Leben derer an Bord zu retten.

Ende Januar 1917 brach das Deutsche Reich diese so genannte Sussex-Zusage durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Am 3. Februar brach Wilson die diplomatischen Beziehungen zum Kaiserreich ab. Noch im gleichen Monat verabschiedete der Kongress auf Wilsons Initiative hin ein Gesetz, das die Bewaffnung von US-Handelsschiffen zuließ. Nach weiteren Angriffen deutscher Unterseeboote gegen den neutralen Schiffsverkehr und nach der Aufdeckung eines Planes des deutschen Außenministeriums für ein Bündnis zwischen Deutschland, Japan und Mexiko im Fall eines US-Kriegseintritts forderte Wilson den Kongress am 2. April 1917 auf, den Krieg zu erklären. Am 6. April erfolgte die Kriegserklärung an Deutschland und seine Verbündeten durch den Kongress.

Präsident Wilson hatte 1919 nach der Niederlage Deutschlands großen Anteil an der Pariser Friedenskonferenz. Seine Friedenspläne gründeten auf einem Vierzehn-Punkte-Programm, das u. a. Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes und die Einführung eines Systems kollektiver Sicherheit vorsah. Die anderen Alliierten vertraten mehr den Standpunkt der Bestrafung Deutschlands. Realisiert wurde der 14. Punkt der Liste, der zur Gründung des Völkerbundes führte. Die USA traten dem Völkerbund allerdings nicht bei, da die Mehrheit der Senatsmitglieder darin einen Eingriff in die außenpolitische Freiheit der USA sahen. Stattdessen wurden einzelne Verträge zwischen den USA und Deutschland, Österreich und Ungarn ausgehandelt.

#### Die goldenen zwanziger Jahre – Boom und Zusammenbruch

Innenpolitisch erreichte Wilson 1920 mit dem 19. Zusatz zur Verfassung die Einführung des Frauenwahlrechtes.

Die Regulierung der Einwanderung in die USA gewann nach dem 1. Weltkrieg an Bedeutung. In den zwanziger Jahren änderte der Kongress seine bisherige Politik unbeschränkter Einwanderung und verabschiedete 1921 und 1924 zwei Gesetze, welche die Einwanderung aus Europa erheblich einschränkten. Für die Arbeiterbewegung war die Zeit von 1920 bis 1932 mit einem Niedergang der bisherigen Gewerkschaften und einem Aufschwung der Industriegewerkschaften verbunden. Dieser Aufschwung fand seinen Höhepunkt 1935 in der Gründung des Dachverbands Committee for Industrial Organization, der sich 1938 als Congress of Industrial Organizations (CIO) konstituierte.

#### Prohibition

Konservative Gruppen sorgten von 1920 bis 1933 für die Einführung der Prohibition, die Herstellung, Transport und Verkauf von Alkohol verbot. Die Bewegung für ein Verbot alkoholischer Getränke ging auf das frühe 19. Jahrhundert zurück und gipfelte in der Ratifizierung des 18. Verfassungszusatzes im Januar 1919. Damit begann eine Zeit der Hausbrennereien, so genannter Flüsterkneipen und der Bandenkriminalität. 1929 kam ein Präsidialausschuss unter dem früheren US-Justizminister George W. Wickersham zu dem Schluss, die Durchsetzung der Alkoholverbotsgesetze sei ein Fehlschlag. Im Februar 1933 verabschiedete der Kongress den 21. US-Verfassungszusatz, der die Zuständigkeiten im Alkoholgeschäft an die Einzelstaaten verwies, und leitete ihn zur Beschlussfassung an die Staaten weiter. Bis zum folgenden Dezember hatten 36 Staaten den Verfassungszusatz ratifiziert, der damit Bestandteil der US-Verfassung wurde.

#### Der Börsenkrach von 1929

In den zwanziger Jahren florierte die Wirtschaft. Grundlage waren der boomende Automobilmarkt und eine starke Entwicklung der Baubranche. Auch andere

Industriezweige konnten aufgrund von Rationalisierungen Produktionszuwächse und Preissenkungen erreichen. Durch steigende Einkommen und billigere Angebote entstand eine Konsumgesellschaft. Eine Folge des Wohlstands waren Spekulationsgeschäfte, denen viele Bürger nachgingen. Der Anstieg der Aktienkurse erreichte seine Spitzenwerte in den ersten sechs Monaten der Regierung Herbert C. Hoovers. In diesem Zeitraum investierten Einzelpersonen Milliarden US-Dollar im Aktienmarkt. Sie liehen sich Investivkapital bei Banken, verpfändeten ihre Häuser oder verkauften Staatsobligationen wie die Liberty Bonds. Allein im August 1929 handelten Aktienhändler für ihre Kunden rund 300 Millionen Aktien mit Profit (carry on margin). Bis zum Oktober 1929 hatte sich dieser Kaufrausch erschöpft und schlug in eine fieberhafte Verkaufswelle um. Die Preise stürzten steil ab. Viele verloren jetzt alles, was sie angelegt hatten. Am 25. Oktober erlebte die New Yorker Börse ihre verheerendsten Panikverkäufe. Zum Jahresende hatten die Kursstürze die Summe von 15 Milliarden US-Dollar erreicht.

### Weltwirtschaftskrise

Dieser Börsenkrach war der Vorläufer einer Wirtschaftskrise, die nicht nur die USA erfasste, sondern sich in den frühen dreißiger Jahren zur Weltwirtschaftskrise auswuchs. Fabriken schlossen, die Arbeitslosigkeit stieg rapide an, Banken machten Konkurs, Warenpreise fielen stetig. Die Krise verschärfte sich bis 1932 unaufhaltsam. Die Präsidentschaftswahlen dieses Jahres gewann der demokratische Herausforderer Franklin D. Roosevelt mit großem Vorsprung. Er führte den so genannten New Deal ein. Entgegen der früheren, sehr liberalen Wirtschaftspolitik griff nun der Staat aktiv in das Wirtschaftsleben ein. Anstelle von weiteren Schutzzöllen schloss Roosevelt Handelsabkommen mit mehreren Staaten ab. Während seiner Amtszeit wurden weit reichende Fortschritte in der Sozialgesetzgebung erzielt.

### Außenpolitik (1920-1932)

Außenpolitisch waren die Regierungen Harding, Coolidge und Hoover sehr isolationistisch geprägt. Durch Schutzzölle und ähnliche Maßnahmen wollte man sich Handlungsfreiheit bewahren. Daneben waren die USA in der Folge des 1. Weltkrieges zum wichtigsten Gläubigerland von Kriegsschulden geworden.

Während des 1. Weltkrieges und kurz darauf hatten die Regierungen den Alliierten im Kampf gegen Deutschland insgesamt rund zehn Milliarden US-Dollar geliehen. Bis 1922 schuldeten die Verbündeten den USA diese Summe plus Zinsen in Höhe von nochmals einer Milliarde Dollar. Da die Schuldnerstaaten ihre Unfähigkeit zur Rückzahlung der gesamten Schuldsommen erklärten, richtete der Kongress 1922 den Ausschuss für ausländische Weltkriegsschulden ein. Er handelte in den folgenden vier Jahren Abkommen (siehe Dawesplan und Youngplan) mit den Schuldnern aus, in denen die Schuldhöhe jeweils verringert wurde und jährliche Rückzahlraten über 62 Jahre hin vereinbart wurden. Dadurch stabilisierte sich die Lage in Europa, und die USA hofften, so ein Übergreifen des Kommunismus zu verhindern. Siehe auch Reparationen.

Im oben genannten Zeitraum nahmen die Vereinigten Staaten an vier internationalen Konferenzen zur Rüstungsbegrenzung teil: der Washingtoner Konferenz (1921/22), auf der ein Fünfmächtevertrag mit einem zehnjährigen Moratorium beim Kriegsschiffbau unterzeichnet wurde; der Genfer Konferenz (1927), auf der die USA, Großbritannien und Japan erfolglos eine Übereinkunft für weiter gehende Abrüstung zu erzielen versuchten; der Londoner Konferenz (1930) und schließlich an der Weltabrüstungskonferenz von Genf (1932), die 1934 scheiterte.

Ein Versuch zur Sicherung des Weltfriedens war der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, initiiert vom französischen Außenminister Briand und unterstützt von seinem amerikanischen Amtskollegen Kellogg. Erstunterzeichner des Abkommens waren 15 Nationen, die hiermit auf die Führung von Angriffskriegen verzichteten und Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen versprachen. Der US-Senat ratifizierte das Abkommen 1929.

### Die Amtszeit Franklin D. Roosevelts – Zwischenkriegszeit und 2. Weltkrieg

Roosevelt errang bei seiner Wiederwahl 1936 einen der größten Wahlsiege der amerikanischen Geschichte. Er erhielt in sämtlichen Staaten außer Maine und Vermont die Mehrheit der Wahlmännerstimmen.

Die Außenpolitik richtete sich auf eine Stärkung des amerikanischen Außenhandels, vor allem in Lateinamerika. Hier führte Roosevelt die „Politik der guten Nachbarschaft“ seines Vorgängers fort. Außerdem bemühten sich die Vereinigten Staaten um die Lösung der durch den 1937 ausgebrochenen Chinesisch-Japanischen Krieg entstandenen Probleme.

Die Regierung wollte verhindern, dass US-Staatsbürger finanzielle Interessen an dem heraufziehenden Konflikt in Europa haben könnten. Das Johnson-Gesetz von 1934 untersagte Amerikanern den Verkauf von Wertpapieren jedwelcher Nation zur Kompensation der Schulden eines Staates gegenüber den USA. Darüber hinaus untersagten drei Neutralitätsgesetze (1935-1937) US-Staatsbürgern solche Handlungen, die eine Unterstützung eines Krieg führenden Staates darstellen könnten. Insbesondere wurde die Ausfuhr von „Waffen, Munition und Kriegsgerät“ verboten. Während der Kongress um Neutralität bemüht war, wollte Roosevelt einen aktiven Eingriff in den Konflikt in Europa aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen. 1937 schlug er vor, dass aggressive Staaten mittels Wirtschaftsboykott unter „Quarantäne“ zu stellen seien.

### Der 2. Weltkrieg

Mit Beginn des 2. Weltkrieges in Europa im September 1939 weiteten die USA ihre Unterstützung der gegen die faschistische Aggression Widerstand leistenden Staaten aus. Gegen Ende 1939 nahm der Kongress teilweise die Bestimmungen zum Waffenembargo in den Neutralitätsgesetzen zurück; Frankreich und Großbritannien wurden seit diesem Zeitpunkt mit Rüstungsgütern beliefert. Im September 1940 gab die Regierung 40 ausgediente Zerstörer an Großbritannien ab und erhielt im Gegenzug langfristige Pachtverträge für Marine- und Luftstützpunkte auf britischen Besitzungen.

1940 bewilligte der Kongress Kredite an Lateinamerika für Verteidigungszwecke. Die USA und Kanada bildeten den Ständigen Gemeinsamen Ausschuss zur Organisierung der Verteidigung Nordamerikas. Die Verteidigungsanstrengungen wurden intensiviert. Der Kongress bewilligte 18 Milliarden US-Dollar für den Aufbau einer Kriegsmarine, die stark genug sein sollte, um gegen ausländische Seestreitkräfte siegreich bestehen zu können, sowie den Aufbau eines Heeres von 1,2 Millionen Mann. Darüber hinaus verabschiedete Roosevelt im September 1940 das erste Wehrpflichtgesetz zu Friedenszeiten und Gesetzesmaßnahmen zur Mobilisierung der Wirtschaftsressourcen für einen möglichen Krieg.

1940 nominierten die Demokraten Roosevelt für eine dritte Amtszeit. Im März 1941 verabschiedete der Kongress das Leih- und Pachtgesetz. Damit war der Präsident

ermächtigt, Kriegsgüter an jeden Staat zu übertragen, zu verkaufen, zu verleihen oder zu verpachten, der für die Sicherheit der USA von Interesse sei. Das angloamerikanische Bündnis kündigte sich im August 1941 mit der Atlantik-Charta an, der Proklamation der acht Grundlagen des Friedens, die beide Staaten erfüllt sehen wollten. Die Charta hatten Roosevelt und der britische Premierminister Sir Winston Churchill gemeinsam erstellt. 1941 war auch das Jahr heftiger Kontroversen in den ganzen USA zwischen den „Isolationisten“, die gegen den Kriegseintritt der USA und die Unterstützung Großbritanniens waren, und den „Interventionalisten“, die einen Sieg über die Achsenmächte als grundlegend für die Sicherheitsinteressen erachteten.

Am 7. Dezember ließ die Regierung Japans einen verheerenden Luftangriff auf den US-Marinestützpunkt Pearl Harbor (Hawaii) fliegen. Am folgenden Tag erklärte der Kongress auf Antrag Präsident Roosevelts Japan den Krieg. Am 11. Dezember folgte die Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die Vereinigten Staaten.

### Konferenzen der Alliierten

Roosevelts Diplomatie vollzog sich hauptsächlich auf Konferenzen, vor allem mit dem britischen Premier Winston Churchill und dem sowjetischen Staatsoberhaupt Jossif Stalin. Darunter waren die Treffen mit Churchill 1941 bis 1943 in Washington, Quebec und Casablanca, auf denen Roosevelt mit ihm die militärische Kriegsführung beriet und das Prinzip der bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte als Kriegsziel vortrug. Auf der Konferenz von Kairo 1943 beriet sich Roosevelt mit Churchill und dem chinesischen Machthaber Chiang Kai-shek über die Kriegspläne gegen Japan. Auf der Konferenz von Teheran legten Roosevelt, Churchill und Stalin die Pläne für einen konzertierten Angriff auf Deutschland fest. Auf der Jalta-Konferenz wurde 1945 die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen beschlossen, die Gründung der Vereinten Nationen (UNO: United Nations Organization) und der Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan. Folgekonferenzen legten die Grundlagen zum Aufbau der UNO und anderer Formen weltweiter Zusammenarbeit nach dem Weltkrieg. Hervorzuheben für die geplante Nachkriegsordnung sind die Konferenzen von Moskau 1943 und von Bretton Woods (New Hampshire) 1944. In Dumbarton Oaks (Washington D.C.) wurden organisatorische Grundlagen für die Vereinten Nationen geschaffen.

Nach dem Tod Roosevelts am 12. April 1945 übernahm Vizepräsident Harry S. Truman die Nachfolge. Seine Hauptaufgaben als neuer Präsident waren die Beendigung des Weltkrieges und die Herstellung einer Weltfriedensordnung. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Deutschland offiziell gegenüber den Alliierten, während die US-Streitkräfte auf dem pazifischen Kriegsschauplatz gegen Japan vorrückten. In einer Atmosphäre der Friedenshoffnungen tagte eine Konferenz der Vereinten Nationen in San Francisco zur Erarbeitung einer Charta für eine ständige Weltorganisation, die einen dauerhaften Frieden sichern helfen sollte.

### Der Kalte Krieg

Wachsende Spannungen in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen traten bereits im Juli 1945 auf der Potsdamer Konferenz zutage, wo die endgültigen Teilungspläne für Deutschland beschlossen wurden. Einige Amerikaner, allen voran Präsident Truman, waren zu der Überzeugung gelangt, Stalin werde seine Zusagen von Jalta nicht einhalten und keine freien Wahlen in Rumänien und Bulgarien zulassen. Truman verlangte deshalb von den Sowjets eine Bekräftigung dieser Zusagen. Der Geist des Bündnisses im Weltkrieg wurde nun mehr und mehr abgelöst

von wechselseitigen Verdächtigungen, Missverständnissen und Beschuldigungen. Sie führten schließlich zu den Konfrontationen des Kalten Krieges.

Im August 1945 gab Truman den Befehl zum Abwurf der Atombombe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Die beiden Bomben fielen am 6. und 9. August 1945, die Kapitulation Japans erfolgte am 14. August.

Zur Erleichterung einer Umstellung der Volkswirtschaft auf Friedenszeiten erarbeitete die Regierung Truman ein 21-Punkte-Programm mit folgenden Schwerpunkten: Vollbeschäftigung, Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, massive Bundesunterstützung des Wohnungsbaues, größere Arbeitslosenunterstützung, fortgesetzte Preiskontrollen, Bundeshilfen für das Bildungswesen, Garantie der Bürgerrechte, höhere Mindestlöhne und Fortsetzung der Entwicklungs- und Wiederaufbauprogramme.

Ungeachtet der innenpolitischen Probleme setzten die Vereinigten Staaten ihre Rolle in der Weltpolitik fort – durch ihre Mitgliedschaft in der UNO und anderen Organisationen und durch die mit den Verbündeten durchgeführte Verfolgung von Kriegsverbrechen Deutschlands und Japans. Im August 1946 traten die USA dem Internationalen Gerichtshof bei. Eine der diplomatischen Hauptfragen war der amerikanische Vorschlag für eine UN-Kontrolle der Atomenergie und Atomwaffen. Diese Initiative – der so genannte Baruchplan, benannt nach dessen Hauptbefürworter, dem US-Wirtschaftsminister Bernard M. Baruch – sah die Überantwortung von Atomwaffen und Atomgeheimnissen an die UNO vor. Die sowjetische Führung bestand demgegenüber auf der Vernichtung der bestehenden Atomwaffen vor oder doch mit In-Kraft-Treten der UN-Kontrolle. 1946 ging die Überwachung der Atomangelegenheiten in den USA vom Militär auf die zivile Atomenergiebehörde über. Das Nationale Sicherheitsgesetz von 1947 führte die US-Streitkräfte unter einem Verteidigungsminister und dem Vereinigten Generalstab zusammen. Mit dem Gesetz wurde auch der Nationale Sicherheitsrat eingesetzt zur Ausarbeitung und Steuerung der US-Verteidigungspolitik sowie der Geheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) zur Sammlung und Auswertung strategischer Informationen aus dem Ausland.

### Eingrenzung des Kommunismus

1947 versuchte Präsident Truman, das Vordringen des Kommunismus in Europa und besonders in Griechenland und der Türkei zu stoppen oder zumindest einzugrenzen. Er verkündete die so genannte Truman-Doktrin, in deren Rahmen die USA den Staaten Wirtschafts- und Militärhilfe geben würden, die von Aggression oder Unterwanderung bedroht wären. Eine wichtige Flankierung dieser Eingrenzungspolitik war der Marshallplan, der im Juni 1947 von Außenminister George C. Marshall vorgetragen wurde. Hierbei handelte es sich um ein breit angelegtes Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa. Die Eingrenzungspolitik wurde 1947 auf die gesamte westliche Hemisphäre ausgedehnt, als die USA mit 18 weiteren Staaten des amerikanischen Kontinents den Vertrag von Rio de Janeiro unterzeichneten. Er sicherte die gegenseitige Verteidigung und Unterstützung im Fall einer Aggression durch einen amerikanischen oder nichtamerikanischen Staat gegen einen der Unterzeichnerstaaten zu. 1948 stimmten die Vereinigten Staaten der Gründung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS: Organization of American States) zu, die Streitigkeiten zwischen amerikanischen Staaten beilegen sollte.

### Die Berliner Luftbrücke

Die UdSSR antwortete auf die Truman-Doktrin und den Marshallplan mit der Gründung einer neuen Kommunistischen Internationale, der Kominform (Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien), und mit einer verschärften Kontrolle der Tschechoslowakei. Im Februar 1948 trat der Plan zur wirtschaftlichen Zusammenlegung der Britischen und Amerikanischen Besatzungszone in Deutschland in Kraft. In London tagte eine Konferenz mit Vertretern aus den USA, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und Großbritannien, die über eine spätere politische und wirtschaftliche Vereinigung der Französischen, Britischen und Amerikanischen Besatzungszone in Deutschland berieten. In Reaktion auf diese Übertretung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam verließ die Sowjetunion den Alliierten Kontrollrat der Vier Mächte in Berlin und leitete Schritte zur Gründung eines sowjetisch gelenkten Staates in Ostdeutschland ein.

Am 24. Juni 1948 unterbrachen die Sowjets den gesamten Verkehr zwischen Berlin und Westdeutschland. Die britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden bauten ein Lufttransportsystem zur Versorgung der Westsektoren Berlins auf, die Berliner Luftbrücke. Bis April 1949 hatten die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs ihre Pläne für eine Zusammenlegung der drei Besatzungszonen Westdeutschlands zur Bundesrepublik Deutschland fertig gestellt. Im April des gleichen Jahres unterzeichneten USA, Kanada und zehn weitere westliche Staaten einen Garantievertrag gegenseitiger Verteidigung und Unterstützung und gründeten die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO: North Atlantic Treaty Organization).

### Trumans Wiederwahl

Trumans innenpolitische Initiativen richteten sich auf die Bürgerrechte einschließlich Gesetzen gegen Lynchmorde und für die Abschaffung der Wahlsteuer, die vor allem die Schwarzen benachteiligte. Er erließ weiterhin ein Gesetz, das zur Aufhebung der Rassentrennung in den US-Streitkräften führte. Diese Aktivitäten führten dazu, dass ihm die Unterstützung der Südstaaten weitestgehend verwehrt blieb. Dessen ungeachtet gewann er die US-Präsidentenwahlen 1948 und leitete ein umfassendes Gesetzeswerk ein, den so genannten Fair Deal.

### Unruhen in China

1951 beendete ein Friedensvertrag die amerikanische Besetzung Japans, das nun bester Verbündeter der USA in Asien wurde. In China jedoch vermochte die Regierung Chiang Kai-shek, den Vormarsch der kommunistischen Truppen unter Mao Tse-tung nicht länger aufzuhalten. Bis Ende 1949 hatten die chinesischen Truppen eine vernichtende Niederlage erlitten. Chiang Kai-shek musste seine Truppen ins Exil nach Taiwan führen. Der siegreiche Mao Tse-tung rief die Volksrepublik China aus. Diese Entwicklung zog eine scharfe Kontroverse in den USA nach sich, als Kritiker Trumans Regierung beschuldigten, Chiang Kai-shek gegen die Kommunisten nicht hinreichend unterstützt zu haben. Zusätzliche Unruhe entstand in der Öffentlichkeit im Oktober 1949, als Truman bekannt gab, die UdSSR habe eine Atombombe entwickelt und damit das US-Atommonopol beendet.

### Der Koreakrieg

Als im Juni 1950 die Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) in der Republik Korea (Südkorea) einmarschierten, sorgte die UN unter der Initiative der USA für ein Eingreifen durch UN-Truppen. Der Beschluss wurde in Abwesenheit

der Vertreter der UdSSR gefasst. Nachdem die UN-Truppen die Gegner zurückgedrängt hatten, trat am 26. November 1950 die Volksrepublik China mit 180 000 Soldaten in den Krieg ein. Danach stabilisierte sich die Front nördlich des 38. Breitengrades. Die Waffenstillstandsverhandlungen dauerten von 1951 bis Juli 1953 (Abkommen von Panmunjon).

### Die McCarthy-Ära

Eine Folge des Koreakrieges war die beinahe hysterische Furcht vor einer Unterwanderung durch Kommunisten. Bereits 1947 hatte Truman landesweit ein System von Loyalitätsausschüssen zur Durchleuchtung von Regierungsbediensteten aufbauen lassen. Die Regierung war gegen elf Führungsmitglieder der Kommunistischen Partei der USA im Rahmen des Smith-Gesetzes von 1940 gerichtlich vorgegangen. 1950 verabschiedete der Kongress das McCarran-Gesetz zur inneren Sicherheit. Mit ihm wurde ein ständiger Kontrollausschuss für subversive Handlungen eingerichtet, der kommunistische Aktivitäten in den USA zu verfolgen hatte. Ferner konnte jetzt jeder Person, die einmal Mitglied einer kommunistischen Organisation gewesen war, die Einreise in die USA verboten werden.

Die Aktivitäten von Senator Joseph R. McCarthy aus Wisconsin drückten jener Zeit parlamentarischer Untersuchungen von vermuteten kommunistischen Aktivitäten in den USA ihren Stempel auf und zogen heftige Auseinandersetzungen über das Maß des kommunistischen Einflusses in den USA nach sich. Unter anderem gerieten zahlreiche prominente Wissenschaftler und Künstler ins Visier der inquisitorisch insistierenden Ausschüsse und verließen zum Teil – ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt – deprimiert oder verärgert das Land (so z. B. Charlie Chaplin).

### Eisenhower (1953-1961)

Im Juli 1952 nominierte die Republikanische Partei General Dwight D. Eisenhower zu ihrem Präsidentschafts-, Senator Richard M. Nixon aus Kalifornien zum Vizepräsidentschaftskandidaten. Anders als Roosevelt und Truman zielte Eisenhower auf eine Begrenzung des Einflusses der Bundesregierung bei gleichzeitiger Stärkung lokaler Gestaltungsräume für Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Darüber hinaus senkte seine Regierung die Steuern und Bundesausgaben. Umfangreiche Sozialreformen wurden während seiner Präsidentschaft nicht durchgeführt.

### Die Bürgerrechtsbewegung

Das drängendste innenpolitische Problem jener Zeit war der Kampf der schwarzen Amerikaner gegen die Rassentrennung und für die Durchsetzung ihrer vollen Bürgerrechte. Der Kongress hatte sich gegen Trumans gemäßigte Bürgerrechtsgesetze ausgesprochen. Obwohl die Regierung Eisenhower die Aufhebung der Rassentrennung in Regierung und Streitkräften erfolgreich abschloss, war sie zur Einbringung weiter gehender Gesetzeswerke nicht bereit. Die Schwarzen unter Führung der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) wandten sich in zunehmendem Maß an die Gerichte. Am 17. Mai 1954 erklärte der Oberste Gerichtshof der USA unter Vorsitz von Earl Warren im Fall „Brown gegen Schulbehörde von Topeka“ die Rassentrennung in öffentlichen Schulen einstimmig für gesetzeswidrig. Richterliche Folgeentscheidungen 1955/56 wiesen die lokalen Behörden und Institutionen an, Pläne zum Abbau der Rassentrennung auszuarbeiten. Sie beendeten die Rassentrennung beim öffentlichen Personentransport innerhalb von Einzelstaaten.

In zahlreichen Südstaaten der USA gab es Versuche, diese Bestimmungen zu umgehen. Das geschah insbesondere im September 1957, als Gouverneur Orval E. Faubus in Arkansas Einheiten der Nationalgarde anwies, neun schwarze Schüler am Betreten der Central High School von Little Rock zu hindern. Nach Angriffen Weißer auf schwarze Schüler und Erwachsene befahl Eisenhower am 23. September Bundestruppen in die Stadt zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung sowie zum Schutz der schwarzen Schüler beim Unterricht. In der Zwischenzeit hatten sich zahlreiche Schwarze in der Bürgerrechtsbewegung engagiert. Im Dezember 1955 führte Pfarrer Martin Luther King jun. einen sehr erfolgreichen Boykott durch, der die Aufhebung der Rassentrennung im Bustransportsystem von Montgomery (Alabama) erreichte. Danach wurde eine – später Sit-in genannte – Protestform überall in den Südstaaten angewandt, um die Aufhebung der Rassentrennung in Gaststätten und anderen öffentlichen Einrichtungen durchzusetzen. Zahlreiche andere Organisationen und Einzelpersonen setzten sich aktiv für die Rassengleichstellung ein, so der kirchliche Dachverband Southern Christian Leadership Conference, Congress of Racial Equality, Student Nonviolent Coordinating Committee, Malcolm X, Ralph Abernathy und Rosa Parks. Dank dieser Anstrengungen verabschiedete der Kongress 1957 das Bürgerrechtsgesetz und richtete einen Bürgerrechtsausschuss ein, der die Verweigerung des Wahlrechtes von Schwarzen oder die Gleichbehandlung vor dem Gesetz zu untersuchen hatte. Ein Folgegesetz von 1960 erlaubte es Gerichten, Beauftragte zum Schutz des Wahlrechtes schwarzer Staatsbürger einzusetzen und erklärte die Blockierung von Gerichtsbeschlüssen durch Gewaltandrohung zum Bundesvergehen (federal offence).

#### Außenpolitik (1953-1961)

Die Außenpolitik vertraute Eisenhower weitgehend seinem Außenminister John Foster Dulles an. Dulles war der Überzeugung, dass die „Eindämmungspolitik“ gegenüber den kommunistischen Staaten zu passiv sei. Er zog die Politik der „aktiven Zurückdrängung“ vor, die sich gegen Moskau oder Peking richten würde, sollte es zu weiterer kommunistischer Aggression irgendwo auf der Erde kommen. Die Strategie der „aktiven Zurückdrängung“ beinhaltete einen Abbau konventioneller Streitkräfte und stärkte statt dessen das Atomwaffenarsenal. Das so genannte Wettrüsten, das sich über den gesamten Kalten Krieg erstreckte, nahm extreme Ausmaße an, als die USA 1952 die erste Wasserstoffbombe zündeten und die UdSSR sechs Monate später folgte. In der Folgezeit konzentrierten sich beide Mächte über die Entwicklung von Nuklearwaffen und Atomtests hinaus auf die Perfektionierung der Trägersysteme für diese Waffen. Neue Langstreckenraketen wurden entwickelt, und seit 1957 verfügten beide Staaten über einsatzbereite Interkontinentalraketen.

#### Entwicklungen in Südostasien

Ein Verdienst der Außenpolitik Eisenhowers war der Abschluss eines Waffenstillstandes im Koreakrieg am 27. Juli 1953. Der US-Präsident erhöhte die Militär- und Wirtschaftshilfe an die Franzosen in Indochina, wies aber die Empfehlungen von Dulles für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen und den Einsatz von US-Truppen zur Unterstützung der Franzosen gegen die von Kommunisten beherrschten Nationalisten Vietnams zurück. Eine 1954 – allerdings von den USA nicht unterzeichnete – Übereinkunft führte schließlich zur Teilung Indochinas und zur Verschärfung des Konflikts in der Region.

1954 gründete Dulles die Südostasiatische Vertragsorganisation, der neben den USA Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, die Philippinen, Thailand und Pakistan angehörten. Eine Folge des Rückschlages in Indochina war die Stärkung der

Beziehungen zu Nationalchina (Taiwan). Im Januar 1955 erhielt Eisenhower vom Kongress die Zustimmung für eine amerikanische Verteidigung von Taiwan und anderen chinesischen Inseln im Krisenfall.

### Entwicklungen in Europa

Nach dem Tod Stalins 1953 folgte eine Zeit der Entspannung. Ein entscheidendes Ergebnis dieser Zeit war eine Ost-West-Übereinkunft über Österreich, das 1955 die volle Souveränität unter Wahrung der Neutralität zurückerhielt, als die sowjetischen und westalliierten Besatzungstruppen abgezogen wurden. Einen ähnlichen Vorschlag der Sowjetunion für Deutschland wiesen die USA zurück. Auch bei einer Gipfelkonferenz Eisenhowers mit den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR wurde über Fragen einer Wiedervereinigung Deutschlands und der Abrüstung keine Annäherung erzielt. Nach der Kritisierung Stalins durch den sowjetischen Generalsekretär Nikita S. Chruschtschow begannen im Herbst 1956 in Polen und Ungarn revolutionäre Aufstände. Chruschtschow beorderte sowjetische Truppen nach Ungarn und ließ die Erhebung niederschlagen. Die USA verurteilten diese Maßnahme, unternahmen jedoch keinen Versuch einer direkten Intervention.

### Entwicklungen im Weltraum

Am 4. Oktober 1957 startete die UdSSR einen Erdsatelliten, den Sputnik I; kurz darauf folgte ein zweiter sowjetischer Satellit mit einem lebenden Hund an Bord. Daraufhin intensivierten die USA ihr Raketenprogramm. Im Januar 1958 startete das US-Heer den ersten amerikanischen Erdsatelliten, Explorer 1.

### Zusammenstöße mit der UdSSR

Am 1. Mai 1960 wurde ein amerikanisches U2-Spionageflugzeug während eines Spionagefluges über der Sowjetunion abgeschossen. Zwei Wochen darauf forderte Chruschtschow auf dem Gipfeltreffen in Paris von Eisenhower eine offizielle Entschuldigung für diese Verletzung sowjetischen Luftraumes. Eisenhower weigerte sich, und die Konferenz wurde abgebrochen. In Lateinamerika trat die wachsende Abneigung gegen die US-Politik besonders auf Kuba zutage, wo eine Revolution unter Führung Fidel Castros den korrupten Diktator Fulgencio Batista entmachtete hatte. Hieraus entstand eine sozialistische Regierung auf Kuba. Als die USA Castro 1959 einen Kredit verweigerten, wandte sich Castro zwecks wirtschaftlicher Unterstützung an die Sowjetunion. Daraufhin brachen die USA im Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

### Präsident Kennedy

Im Juli 1960 nominierte die Demokratische Partei Senator John F. Kennedy (Massachusetts) zu ihrem Präsidentschafts-, Lyndon B. Johnson zum Vizepräsidentschaftskandidaten. Die Republikaner nominierten den amtierenden Vizepräsidenten Nixon zum Präsidentschaftskandidaten, Botschafter Henry Cabot Lodge für den Posten des Vizepräsidenten. Höhepunkte des Wahlkampfes waren eine Reihe von Fernsehdebatten zwischen den beiden Spitzenkandidaten. Kennedy gewann die Wahl als erster Katholik in diesem Amt; mit 43 Jahren war er der jüngste Präsident der amerikanischen Geschichte. Mit seiner Vision vom Aufbruch zu neuen Grenzen mobilisierte er vor allem die Jugend.

### Bürgerrechtsaktivitäten

Der Kampf um die Bürgerrechte war eines der wichtigsten Entscheidungsfelder der Regierung Kennedy. Der Bruder des Präsidenten, US-Justizminister Robert F. Kennedy, trat mit großem Nachdruck für ein Ende der Rassentrennung in Schulen

und für den Schutz des Wahlrechtes von Minderheiten ein. Ein schwerwiegender Vorfall ereignete sich im Herbst 1962, als der Versuch des schwarzen Studenten James Meredith, sich an der Universität Mississippi einzuschreiben, zu Rassenunruhen auf dem Campus führte. Zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ließ Kennedy die Nationalgarde von Mississippi unter Bundesbefehl stellen und über den Campus patrouillieren. Kennedy entsandte gegen den aktiven Widerstand von Gouverneur George C. Wallace zusätzlich Bundesvollzugsbeamte zur Durchsetzung der Aufhebung der Rassentrennung an der Universität Alabama.

Schwarze und weiße Befürworter der Rassengleichheit setzten ihre Demonstrationen gegen Gewalt und Diskriminierung fort, wobei die Demonstration der über 250 000 Menschen in Washington D.C. am 28. August 1963 hervorzuheben ist. Pfarrer Martin Luther King jun. wandte sich dabei mit seiner berühmten Rede „I have a dream ...“ an die Menge. Größtenteils infolge dieser Ereignisse befürwortete Präsident Kennedy eine umfassende Bürgerrechtsgesetzgebung mit dem Verbot von Diskriminierung bei Wahlen, im Bildungswesen und in den meisten Bereichen öffentlicher Einrichtungen und Beschäftigung. Die Gesetzesmaßnahmen verzögerten sich im Kongress allerdings bis 1963.

### Außenpolitik

Außenpolitisch versuchte Kennedy die Umsetzung einer neuen Position gegenüber dem Kommunismus. Mit Unterstützung seines Verteidigungsministers Robert S. McNamara ersetzte Kennedy die bisherige Strategie der „aktiven Zurückdrängung“ mit seiner neuen Politik der „flexiblen Reaktion“. Im April 1961 befahl Kennedy die Invasion in der Schweinebucht, die allerdings missglückte. Im Juni desselben Jahres kam es zum Konflikt mit der UdSSR bezüglich Berlins. Im August begann der Bau der Berliner Mauer, die den Osten und Westen der Stadt trennte. Die Sowjetunion nahm ihre Atomtests wieder auf. Kennedy reagierte auf diese Ereignisse mit der Verhängung des Alarmzustands für die US-Streitkräfte und der Wiederaufnahme der amerikanischen Atomtests. Bis 1964 hatten die USA ihre Raketenstreitkräfte verdreifacht.

In Lateinamerika versuchte Kennedy eine Umkehrung der Außenpolitik seiner Amtsvorgänger Truman und Eisenhower. Er initiierte die so genannte Allianz für den Fortschritt, ein Entwicklungshilfeprogramm in Höhe von 20 Milliarden Dollar zur Modernisierung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften. Das Friedenskorps entstand am 22. September 1961.

### Atomteststopp

Die Vereinigten Staaten unterstützten nach der akuten Kubakrise vom 22. bis 28. Oktober 1962 und angesichts der sich verschlechternden Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China den sowjetischen Wunsch nach einem weltweiten Abbau von Spannungen. Sie nahmen die Verhandlungen mit China wieder auf. Am 5. August 1963 schlossen die USA, Großbritannien und die UdSSR ein Abkommen über einen Atomteststopp, der Versuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser untersagte; unterirdische Tests blieben erlaubt.

### Der Vietnamkrieg

Die Beziehungen der USA zur UdSSR verbesserten sich, während sich die Lage in Südostasien verschlechterte. Auf der Wiener Konferenz war Kennedy 1961 mit Chruschtschow übereingekommen, in Laos eine neutrale Regierung zu etablieren. Allerdings veranlasste der wachsende Druck der kommunistischen Nationalisten

(Vietcong) in Vietnam Kennedy zu einer Ausdehnung der Militärhilfe für die Regierung Ngo Dinh Diem. Am 1. November 1963 wurde das unpopuläre Regime Diems entmachtet und Diem mit stillschweigender Duldung der USA ermordet. Unter Kennedy verstärkte sich das Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg.

Am 22. November 1963 wurde Kennedy in Dallas (Texas) ermordet. Als mutmaßlicher Todesschütze wurde Lee Harvey Oswald festgenommen, der kurz darauf seinerseits einem Lynchmord zum Opfer fiel. Amtsnachfolger war der bisherige Vizepräsident Lyndon B. Johnson. Da die teilweise mysteriösen Umstände des Attentats Zweifel und Gerüchte über eine mögliche Verschwörung entstehen ließen, setzte Präsident Johnson einen Ausschuss unter Leitung des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes der USA, Earl Warren, zur Untersuchung des Kennedy-Mordes ein. In dem Abschlussbericht kam der Ausschuss zu dem Ergebnis der Einzeltäterschaft Oswalds (siehe Warren Report).

Am 27. November hielt Johnson seine erste Rede als neuer US-Präsident vor dem Kongress, erklärte, die von Kennedy eingeschlagene Außenpolitik fortsetzen zu wollen, und forderte zur zügigen Verabschiedung der von Kennedy eingebrachten Bürgerrechts- und Steuergesetze auf.

Als Folge wachsender Unzufriedenheit mit Johnsons Kriegsführung – der Vietnamkrieg sollte seinen die ganze Nation spaltenden und alle Lebensbereiche der USA durchdringenden Einfluss bis 1973 behalten – verkündete Senator Eugen J. McCarthy seine Absicht, den Präsidenten für den kommenden Wahlkampf herauszufordern. Am 31. März 1968 erklärte Johnson in einer Fernsehrede, dass er die Bombardierung Nordvietnams unterbrechen werde, um Verhandlungen für eine Beendigung des Krieges zu erleichtern, und dass er nicht erneut für das Präsidentenamt kandidieren werde.

#### Weitere außenpolitische Krisen

Neben dem Vietnamkrieg gab es in den sechziger Jahren weitere außenpolitische Krisen. Ein ernsthafter Konflikt entstand zwischen den USA und Panamá um die Kontrolle des Panamákanals. Nach antiamerikanischen Ausschreitungen in Panamá wurde ein neuer Nutzungsvertrag ausgehandelt. 1965 entsandte Johnson angesichts eines drohenden Bürgerkrieges in der Dominikanischen Republik 22 000 US-Soldaten zum Schutz dort lebender amerikanischer Staatsbürger und zur Verhinderung einer kommunistischen Machtübernahme. Diese Intervention sorgte weltweit für eine Zunahme der antiamerikanischen Stimmung und zog auch innerhalb der USA viel Kritik nach sich. Eine weitere Krise im Nahen Osten, die dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 zwischen Israel und einigen arabischen Staaten folgte, löste diplomatische Bemühungen aus, die im Treffen von Johnson mit dem sowjetischen Regierungschef Aleksej N. Kossygin im Juni 1967 gipfelten. Die USA erhöhten ihre Militärhilfe für Israel als Reaktion auf sowjetische Hilfsleistungen für arabische Staaten und den wachsenden sowjetischen Einfluss im Mittelmeerraum.

Eine weitere Krise im Januar 1968 war das Aufbringen des US-Spionageschiffes Pueblo durch Einheiten der nordkoreanischen Kriegsmarine. Nach zähen Verhandlungen wurde die Besatzung im Herbst 1968 freigelassen.

#### Präsident Nixon

Die weitere Amtszeit Johnsons wurde von einer Reihe innenpolitischer Ereignisse überschattet. Der Ermordung Martin Luther Kings in Memphis (Tennessee) am

4. April 1968 folgte eine neue Welle schwerer Rassenkrawalle in Washington D.C. und einer Reihe anderer Städte. Am 5. Juni wurde Robert Kennedy nach dem Gewinn der Vorwahlen in Kalifornien bei einem Attentat getötet.

Als Richard M. Nixon 1969 das Präsidentenamt übernahm, entsprach seine innenpolitische Linie der Eisenhowers. Er nannte sein Programm „neuer Föderalismus“ und suchte die Zuständigkeiten der Bundesregierung zu begrenzen, während die einzelstaatlichen und lokalen Entscheidungsinstanzen gestärkt werden sollten. Zur Bekämpfung der Inflation, die in den sechziger Jahren gestiegen war, setzte Nixon auf die Begrenzung der Bundesausgaben, wies jedoch rund zwei Jahre lang Vorschläge für Lohn- und Preiskontrollen zurück.

Das US-Weltraumprogramm hatte zu dieser Zeit einige große Erfolge vorzuweisen. Besonders zu erwähnen ist die Mondlandung der Besatzung von Apollo 11 am 20. Juli 1969.

In den USA führte die allgemeine Bestürzung über den Vietnamkrieg zu vielfältigen Protesten, die oft in direkte Konfrontationen zwischen Demonstranten – häufig College-Studenten – und der Nationalgarde mündeten. Nach dem US-Einfall in Kambodscha demonstrierten Studenten der Kent State University (Ohio) im Mai 1970 gegen den Krieg. Dabei wurden vier Studenten von Nationalgardisten erschossen. Schließlich fanden Studentenstreiks und -demonstrationen an 500 US-Hochschulen statt, die für einige Zeit geschlossen werden mussten.

#### Außenpolitik

Präsident Nixon erklärte, den Krieg mit einer Politik der „Vietnamesierung“ zurückdrehen zu wollen. Dies bedeutete die Ablösung von US-Truppen durch Verbände Südvietnams, die von den USA ausgebildet und ausgerüstet werden sollten.

Die Beziehungen zur UdSSR verbesserten sich in den Augen einiger politischer Beobachter weiter. Die Verhandlungen zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT: Strategic Arms Limitation Talks) hatten 1969 begonnen und dauerten bis 1972. Im Mai konnten zwei amerikanisch-sowjetische Verträge bei Nixons Staatsbesuch in Moskau unterzeichnet werden. Ein Vertrag begrenzte Abwehrsysteme gegen Raketen, der andere offensive Trägersysteme. Im Sommer 1971 wurde zwischen Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR ein Vertrag über den ungehinderten Zugang durch die DDR nach Westberlin unterzeichnet. Im November 1969 hatten die USA einen Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen unterzeichnet, am 11. Februar 1971 über das Verbot solcher Waffen sowie von deren Tests auf dem Meeresboden. Im Juli 1971 reiste Nixons Nationaler Sicherheitsberater, Henry A. Kissinger, in geheimer Mission nach Peking zur Vorbereitung eines Treffens des Präsidenten mit der chinesischen Führung. Nixon reiste im Februar 1972 nach Peking. Nach den Worten des Präsidenten „gab es keine Geheimabkommen“. Beide Staaten kamen aber darin überein, die „kulturellen, Bildungs- und journalistischen Kontakte zu erweitern“ und den „Handel aufzunehmen und auszuweiten“.

1973 und 1974 statteten sich Leonid Breschnew und Nixon gegenseitig Besuche ab. Die Beziehungen erlitten im Oktober 1973 während des erneuten israelisch-arabischen Konflikts einen Rückschlag, als Moskau die Araber und Washington Israel unterstützte (siehe Jom Kippur-Krieg). Beide Weltmächte arbeiteten jedoch bei der Aushandlung eines Waffenstillstandes und militärischer Pufferzonen zwischen Israel

und Ägypten im Januar 1974 sowie zwischen Israel und Syrien im folgenden Mai zusammen.

### Die Pentagon-Papiere

Im Juni 1971 hatte die Regierung eine scharfe Auseinandersetzung mit einigen großen Zeitungen über die Pressefreiheit bezüglich der Veröffentlichung der Pentagon-Papiere. Diese Ausschnitte eines Geheimdokuments des Verteidigungsministeriums gaben Aufschluss über das Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam. Die von der Regierung eingereichten einstweiligen Verfügungen wurden zur Berufung an den Obersten Gerichtshof der USA verwiesen. Die Richter entschieden mit sechs zu drei Stimmen, dass die Regierung nicht befugt sei, die Veröffentlichung irgendeiner Information zu verhindern. Ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Spionagegesetz und wegen Diebstahls von Regierungseigentum wurde umgehend gegen Daniel Ellsberg aufgenommen, einen ehemaligen Zivilangestellten des Verteidigungsministeriums.

### Watergate und die Folgen

Kurz nach der Wiederwahl Präsident Nixons im Januar 1973 und seinem Sieg über George S. McGovern tauchten in schneller Folge immer neue Verdachtsmomente und Beweise über eine illegale Abhöranlage im Wahlkampfhauptquartier der Demokratischen Partei im Watergate-Gebäudekomplex (Washington D.C.) und über einen Einbruchversuch dort auf. Die folgenden Anklageerhebungen, Verfahren und Untersuchungen enthüllten die Beteiligung hoher Mitglieder des Regierungsapparats von Nixon an der Einbruchsplanung. Watergate wurde zum Synonym für eine ganze Serie illegaler, unmoralischer und vorschriftswidriger Handlungen von Mitgliedern der Regierung (siehe Watergate-Affäre).

Vom Herbst 1973 bis über den Sommer 1974 hinweg tauchten immer mehr Beweise dafür auf, dass Präsident Nixon persönlich in den Watergate-Einbruch und den anschließenden Vertuschungsversuch verwickelt war. Als Folge davon musste der Präsident ab August 1974 jederzeit mit der Eröffnung eines förmlichen Amtsenthebungsverfahrens rechnen. Deshalb trat er am 9. August zurück. Am 10. Oktober 1973 musste Vizepräsident Agnew zurücktreten, nachdem gegen ihn ein Verfahren wegen Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung eröffnet worden war. Ihm folgte Gerald R. Ford im Amt, der am 6. Dezember 1973 zunächst als Vizepräsident und 1974 als Präsident vereidigt wurde. Er war der erste Amtsinhaber der amerikanischen Geschichte, der weder als Vizepräsident noch als Präsident gewählt worden war. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten war die Amnestie seines Vorgängers für jede etwaige Straftat, die dieser im Amt begangen haben könnte. Im Dezember 1974 wurde Nelson A. Rockefeller als 41. Vizepräsident vom Kongress bestätigt.

### Präsident Ford

Die weltweite Rezession vertiefte sich, die USA hatten die höchste Arbeitslosigkeit und Inflation seit Jahrzehnten. Im Winter 1973/74 hatte die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC: Organization of Petroleum Exporting Countries) ein Ölembargo gegen die USA und weitere westliche Industrienationen verhängt. Infolgedessen vervierfachte sich der Ölpreis innerhalb weniger Monate, was die internationale Finanzkrise verschärfte. 1975 begann in den USA eine wirtschaftliche Erholung aus der Rezession. Das Wiederaufflammen des Krieges in Vietnam, Laos und Kambodscha, der folgende Sieg der Kommunisten und zeitgleiche Rückzug der

USA aus Südostasien im Frühjahr 1975 hatten das Vertrauen in die Stärke der USA und deren Verlässlichkeit als Bündnispartner geschwächt.

### Präsident Carter

Im Juli 1976 gewann Jimmy Carter, Gouverneur von Georgia, die Nominierung der Demokraten als Präsidentschaftskandidat und besiegte Präsident Ford mit knapper Mehrheit.

In der Außenpolitik übte Carter scharfe Kritik an der Menschenrechtspolitik der Regierungen der UdSSR und anderer Staaten. Im September 1977 unterzeichnete er Verträge, die Panamá im Jahr 2000 die Kontrolle über den Panamákanal zuerkannten. Die Regierung versuchte im Nahen Osten einen Friedensvertrag zu vermitteln. Im September 1978 war Carter Gastgeber einer Konferenz in Camp David bei Washington D.C. mit der Führung Israels und Ägyptens. Dieses Treffen führte zu Rahmenvereinbarungen für Verhandlungen, an deren Ausgang im März 1979 ein Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten stand. Im Januar 1979 hatten die USA zudem diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen.

### Die Geiselkrise

Nachdem Carter dem gestürzten Schah von Persien die Einreise in die USA erlaubt hatte, stürmte im November 1979 eine Gruppe iranischer Revolutionäre die US-Botschaft in Teheran und nahm 53 Botschaftsangehörige als Geiseln. Im April 1980 befahl Carter eine Befreiungsaktion aus der Luft, die jedoch scheiterte. Zuvor hatten die USA im Januar 1980 Handelsbeschränkungen mit der Sowjetunion aus Protest gegen deren Invasion von Afghanistan verhängt; sie verweigerten die Unterzeichnung des zweiten Vertrags zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT II: Strategic Arms Limitation Talks).

### Die Wahl von 1980

Nach Carters parteiinternem Sieg über seinen Herausforderer, Senator Edward M. Kennedy (Massachusetts), erhielt er die Nominierung seiner Partei im Präsidentschaftswahlkampf für seine Wiederwahl 1980. Die Republikaner nominierten den ehemaligen Filmschauspieler und Gouverneur von Kalifornien Ronald W. Reagan. Der Kongressabgeordnete John B. Anderson (Illinois) trat als parteiunabhängiger Kandidat an. Die Demokraten, von vielen für den wirtschaftlichen Niedergang und die Geiselkrise im Iran verantwortlich gemacht, die noch bis zum Januar 1981 andauerte, verloren in sämtlichen Landesteilen. Reagan und George Herbert Walker Bush, Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten, erhielten 51 Prozent der Direktstimmen, Carter 41 Prozent und Anderson 7 Prozent. Nach annähernd 30 Jahren gewannen die Republikaner auch im Senat erstmals wieder eine Mehrheit.

### Präsident Reagan

Präsident Reagan kündigte neben Steuersenkungen eine Verringerung der Ausgaben an und setzte die Aufrüstung, mit der unter Carter begonnen worden war, fort. 1981 beschloss der Kongress die größten Steuersenkungen der amerikanischen Geschichte. Die Ausgabensenkungen betrafen vor allem die Wohlfahrt, den Sozialbereich sowie die Mittelbewilligung für die einzelstaatlichen Regierungen und Verwaltungen. Gleichzeitig wurden die Verteidigungsausgaben erhöht. Die Rezession trieb 1981/82 die Arbeitslosenrate erstmals seit 1940 über die Zehnprozentmarke, die Zahl der Firmenbankrotte erreichte einen neuen Höhepunkt seit 1932.

Außenpolitisch gingen Präsident Reagan und sein Außenminister Alexander M. Haig jun. vom Kurs der Entspannung mit der UdSSR ab. Mitte 1982 löste George P. Schultz Haig als Außenminister ab. US-Truppen zur Friedenssicherung im Libanon erlitten 1983 schwere Verluste durch Bombenterroristen, so dass Reagan die Marineinfanterie-Einheiten im Februar 1984 abziehen ließ.

Im Oktober 1983 befahl Reagan die Invasion auf der Karibikinsel Grenada. Unmittelbarer Anlass war die Rettung amerikanischer Medizinstudenten angesichts politischer Unruhen; die Regierung führte allerdings auch Hilfsgesuche benachbarter Regierungen an. In Mittelamerika stützte Reagan die Regierungstruppen in El Salvador, umgekehrt die Contras gegen die Regierung Nicaraguas. Als Reagan 1983 die – „Krieg der Sterne“ genannte – Strategische Verteidigungsinitiative (SDI: Strategic Defense Initiative) bekannt gab, verschlechterten sich die Beziehungen zur Sowjetunion weiter. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen von 1984 signalisierten die Sowjets ihren Wunsch nach einer neuen Runde von Rüstungskontrollverhandlungen, woraufhin zwei Gipfeltreffen (November 1985, Oktober 1986) von Präsident Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow stattfanden. Das US-Raumfahrtprogramm erlitt einen schweren Rückschlag, als der Spaceshuttle Challenger am 28. Januar 1986 nach dem Start explodierte und die siebenköpfige Besatzung umkam. Im April ließ Reagan einen schweren Luftangriff gegen Libyen als Vergeltung für terroristische Angriffe gegen Amerikaner fliegen.

Bei Teilwahlen zum Senat im November 1986 gewannen die Demokraten die Mehrheit zurück. Die Regierung Reagan wurde 1987 weiter geschwächt durch die anhaltenden Haushalts- und Handelsdefizite sowie durch die Untersuchungen im Kongress über Waffenverkäufe an den Iran und die Abzweigung der Verkaufserlöse zur Unterstützung der Contras in Nicaragua. Am 19. Oktober 1987 erlebte die New Yorker Börse einen der tiefsten Kursstürze in ihrer Geschichte, als der Dow-Jones-Index um 508 Punkte bzw. 22,6 Prozent einbrach. Die Haushalts- und Handelsdefizite überstiegen jährlich jeweils mehr als 100 Milliarden US-Dollar. Im Dezember 1987 unterzeichneten Reagan und Gorbatschow einen Vertrag zur beiderseitigen Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen und bestimmter Kurzstreckensysteme.

In den Präsidentschaftswahlen von 1988 wurde George Bush als erster amtierender US-Vizepräsident seit Martin Van Buren 1836 zum Präsidenten gewählt.

### Präsident Bush

Zu den Herausforderungen Bushs bei seinem Amtsantritt am 20. Januar 1989 gehörten die Haushalts- und Handelsdefizite sowie das insolvente Banken- und Kreditsystem. In Reaktion auf die rasanten politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa bot Bush Polen und Ungarn während seiner Besuche im Juli Unterstützung an. Im Dezember besetzten über 24 000 US-Soldaten Panamá, um das Regime unter General Manuel Antonio Noriega zu stürzen, der in den USA wegen Drogenhandels unter Anklage gestellt werden sollte. Auf dem Gipfeltreffen im Dezember 1989 und Ende Mai/Anfang Juni 1990 kamen Bush und Gorbatschow überein, die Produktion von Chemiewaffen zu beenden und entsprechende Waffenlager abzubauen.

Am Golfkrieg von 1991 nahmen mehr als 500 000 US-Soldaten und verbündete Truppen teil. Im April dieses Jahres drangen US- Einheiten zum Schutz kurdischer Flüchtlinge vor irakischen Vergeltungsmaßnahmen in den Norden Iraks ein. Die

amerikanische Diplomatie konzentrierte sich sodann auf gemeinsame Friedensanstrengungen mit der Sowjetunion im Nahen Osten. Nach dem Zerfall der UdSSR und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien 1991/92 erkannten die Vereinigten Staaten diplomatisch fast alle ehemaligen Teilrepubliken der beiden ehemaligen Staaten an.

Im April 1992 kam es in Los Angeles erneut zum Ausbruch schwerer Rassenunruhen. Vier weiße Polizisten waren freigesprochen worden, die 13 Monate zuvor einen schwarzen Verdächtigen, Rodney King, zusammengeschlagen hatten und dabei gefilmt worden waren. 58 Personen kamen in den Unruhen um, der Sachschaden betrug über 750 Millionen Dollar. In einem Wiederaufnahmeverfahren wurden am 17. April zwei der Polizisten schuldig gesprochen.

Präsident Bush gewann die Nominierung der Republikaner für die Präsidentschaftswahlen 1992; Gouverneur Bill Clinton aus Arkansas war der Kandidat der Demokraten. Clinton war der erste demokratische Kandidat seit 1976, der gewann und circa 43 Prozent der Direktstimmen erhielt. Bush vereinte 38 Prozent der Stimmen auf sich; der unabhängige Kandidat Henry Ross Perot – angetreten als Finanzreformer – erhielt 19 Prozent. Die Demokraten hielten ihre Mehrheit in beiden Häusern des US-Kongresses. Im Dezember entsandte der noch amtierende Präsident Bush mehr als 20 000 US-Soldaten unter UNO-Mandat nach Somalia, die den Frieden wieder herstellen und Lebensmittel gegen die dortige Hungersnot verteilen sollten. Clinton als bereits gewählter Präsident unterstützte diese Aktion, ebenso die Unterzeichnung des Abrüstungsvertrags START II (Strategic Arms Reduction Talks) durch Bush und den Präsidenten Russlands, Boris Jelzin, im Januar 1993.

### Präsident Clinton

In seinen ersten Amtsmonaten brachte Clinton zahlreiche innenpolitische Initiativen ein. Er machte Präsidialverfügungen zur Einschränkung der Abtreibung rückgängig. Auch versuchte er, den freien Zugang Homosexueller zu den Streitkräften durchzusetzen, musste jedoch seine Pläne nach heftigem Widerstand im Kongress und im Verteidigungsministerium ändern. Er setzte seine Frau, Hillary Rodham Clinton, als Vorsitzende eines Sonderausschusses zur Reform von Krankenversicherung und Gesundheitswesen ein.

Clinton setzte im Kongress die Ratifizierung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA: North American Free Trade Association) durch. Bei diesem Abkommen handelt es sich um einen zunächst auf 15 Jahre begrenzten Vertrag zur Zollsenkung und Beseitigung anderer Handelshemmnisse zwischen den USA, Mexiko und Kanada. Die NAFTA trat am 1. Januar 1994 in Kraft.

Außenpolitisch setzte Clinton die Unterstützung Präsident Jelzins fort. Er drängte auf Friedensverhandlungen zwischen den Krieg führenden Parteien in Bosnien und Herzegowina, nahm jedoch Abstand von früheren Plänen zur Entsendung einer Streitmacht zur Friedenssicherung ins ehemalige Jugoslawien. Im Juni 1993 befahl Präsident Clinton einen Militärschlag gegen das Hauptquartier des irakischen Geheimdienstes, nachdem ihm Beweise über einen Mordplan irakischer Agenten gegen George Bush während dessen Besuchs in Kuwait vom April 1992 vorlagen. Angesichts der Zurückhaltung gegenüber weiteren Auslandsinterventionen im Kongress und der Wählerschaft schloss die Regierung Clinton den Rückzug aus Somalia am 25. März 1994 ab.

Im Juli 1995 gab Präsident Clinton die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Vietnam bekannt. Ein im März 1996 verabschiedetes Gesetz verfügte die Verschärfung des Handelsembargos gegen Kuba. Auch gegen den Iran und Libanon wurden schärfere Sanktionen beschlossen, nachdem beide Länder angeblich terroristische Aktivitäten unterstützt hatten.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 5. November 1996 wurde der Amtsinhaber Bill Clinton mit überzeugender Mehrheit wiedergewählt. Er siegte mit 49,2 Prozent der abgegebenen Stimmen über seinen Gegenkandidaten Robert Dole (40,8 Prozent) von den Republikanern. Damit konnte der 1992 erstmals ins Amt gewählte Clinton seinen Vorsprung deutlich ausbauen.

In den beiden Kongresskammern (Abgeordnetenhaus und Senat) konnten die Republikaner ihre bestehenden Mehrheiten behaupten. Sie stellen im Abgeordnetenhaus 225 der insgesamt 435 Sitze (Demokraten: 205), das entspricht einem Verlust von elf Sitzen. Im Senat gewannen die Republikaner zwei Sitze hinzu und stellen nun 55 Senatoren (Demokraten: 45).